

8. Von den besetzten Plätzen in die Stadtteile und Betriebe

(Mai 2012–Dezember 2014)

In diesem Kapitel wird eine längere Protestperiode beschrieben, die sich über einen mehr als zwei Jahre dauernden Zeitraum erstreckt. In dieser Periode fanden sowohl auf der institutionellen Ebene der Politik als auch in Hinblick auf die Krisenproteste grundlegende Veränderungen statt. Die Verschärfung staatlicher Repressionsmaßnahmen führte ab Sommer 2012 zu einer Demobilisierung der Krisenproteste. Stattdessen fokussierten sich die sozialen Bewegungen auf die Gründung verschiedener langfristiger Strukturen.

In Abschnitt 8.1 zeige ich, wie sich die gesellschaftlich verbreitete Unzufriedenheit mit der Krisenpolitik auf die Ergebnisse der Parlamentswahlen 2012 ausgewirkt hat. Während die PASOK und die ND, die von vielen Menschen für die Umsetzung der Krisenmaßnahmen verantwortlich gemacht wurden, gewaltige Stimmenverluste hinnehmen mussten, verzeichnete insbesondere SYRIZA einen steilen Stimmenanstieg. In Abschnitt 8.2 erläutere ich die politischen Hintergründe, die zum parlamentarischen Aufstieg von SYRIZA geführt haben. In Abschnitt 8.3 beschreibe ich, wie die neue Regierung unter der ND versucht hat, durch die Durchsetzung von *Law and Order*-Maßnahmen gegen marginalisierte Gruppen die Proteste gegen die Krisenpolitik einzudämmen und die Zustimmung bestimmter Teile der Bevölkerung zu gewinnen. In Abschnitt 8.4 stelle ich dar, wie die Akteur*innen der sozialen Bewegungen auf die infolge der Krisenmaßnahmen zunehmende soziale Not reagierten, indem sie selbstorganisierte Solidaritätsinitiativen gegründet haben. In Abschnitt 8.5 biete ich einen Einblick in selbstorganisierte Genossenschaften, die bereits ab 2011 in großer Zahl gegründet wurden. Diese zielten darauf ab, neue Arbeitsplätze zu schaffen sowie neue Formen von Arbeit zu kreieren.

In Abschnitt 8.6 gebe ich einen kurzen Überblick über Initiativen zur Krisenbewältigung, die nicht den Prinzipien der demokratischen Selbstorganisation entsprochen haben. In Abschnitt 8.7 beschreibe ich antifaschistische und antirassistische Proteste. Diese waren eine Reaktion auf die Zunahme rechtsradikaler Gewalt ab Sommer 2012. In Abschnitt 8.8 beschreibe ich den Protest von Mitarbeiter*innen des TV- und Radiosenders ERT, welcher infolge der Krisenmaßnahmen geschlossen wurde, woraufhin die

Beschäftigten den Sender besetzten und anschließend für mehrere Monate selbstorganisiert eine eigene Sendung ausgestrahlt haben. In Abschnitt 8.9 befasste ich mich mit den Protesten, die in Solidarität mit dem Hungerstreik des inhaftierten Anarchisten Nikos Romanos stattgefunden haben. Diese Proteste haben dazu beigetragen, dass die Zustimmung zur 2012 gewählten Regierung Ende 2014 deutlich abgenommen hat.

8.1 Die Parlamentswahlen 2012 – vom Zweiparteiensystem zum polarisierten Pluralismus

Zum ersten Mal seit Beginn der Staatsschuldenkrise fanden am 6. Mai 2012 Parlamentswahlen in Griechenland statt. Da bei diesen Wahlen keine regierungsfähige Mehrheit erreicht werden konnte, wurden am 17. Juni 2012 Neuwahlen durchgeführt. Beide Wahlereignisse erwiesen sich sowohl für die ND als auch für die PASOK als historische Niederlage. Die PASOK, der viele »die Hauptverantwortung« für die Krisenpolitik zuwiesen, traf es besonders schwer (Roth 2012: 71). Sie fiel bei der Wahl am 6. Mai von 43,9 Prozent auf 13,2 Prozent. Die ND stürzte von 33,5 Prozent auf 18,9 Prozent ab. Während die ND und die PASOK zwischen 1981 und 2008 gemeinsam immer einen Stimmenanteil von über 80 Prozent erreicht hatten, kamen sie bei den Parlamentswahlen im Mai 2012 somit insgesamt auf lediglich 32 Prozent aller Wahlstimmen. Zwar konnte die ND bei den Neuwahlen im Juni 2012 mit knapp 30 Prozent aller Wahlstimmen noch einmal deutlich zulegen.¹ Insgesamt schnitten die beiden Parteien, die zwischen 1974 bis 2009 abwechselnd allein regiert hatten (Dinas/Rori 2013: 270), jedoch sehr schlecht ab. Circa 3,3 Millionen Wähler*innen wandten sich von der PASOK und der ND ab, darunter vor allem jüngere Wähler*innen zwischen 18 und 30 Jahren (Aslanidis/Marantzidis 2016: 134; Martens 2012; Pappas 2014: 99). Mitglieder und Anhänger*innen der PASOK wandten sich ebenfalls massenweise von der Partei ab (Spourdalakis 2014: 357; Wehr 2016: 64).

Dabei verloren die PASOK und die ND, die beide eine Fortsetzung der Krisenpolitik unterstützten, nicht nur einen Großteil ihrer Wähler*innenschaft, sondern auch »ihr Potential, im Alleingang zu regieren« (Pappas 2014: 99). Mehrere Sozialwissenschaftler*innen deuteten die griechischen Parlamentswahlen 2012 aus diesem Grund als einen Zusammenbruch des traditionellen Zweiparteiensystems (Ellinas 2013: 544; Dinas/Rori 2013: 270; Pappas 2014: 53, 98; Aslanidis/Marantzidis 2016: 134). Dieses sei bei den Parlamentswahlen 2012 dem Politikwissenschaftler Takis Pappas (2014: 79) zufolge durch das Modell eines »polarisierten Pluralismus« ersetzt worden. So stellte sich bei den Wahlen eine Vielzahl politischer Parteien auf. Viele von ihnen waren im Anschluss an die Platzbewegung 2011 gegründet worden (Aslanidis/Marantzidis 2016: 141–143; Fielitz 2019: 103).² Die neu gegründete ANEL schaffte sogar den Eintritt ins Parlament. Insgesamt gelang sieben Parteien der Einzug. Diese verteilten sich auf zwei »ungleiche Blöcke« (Dinas/Rori 2013: 278), die sich nicht anhand einer klassischen Trennung in linke und rechte Parteien

1 Zugute kam der ND, trotz ihrer Beteiligung in der Pro-Memorandum-Regierung, dass sie gewillt war, zumindest »einige Teile des Memorandums« neu zu verhandeln (Deloy 2012).

2 Eine Liste der zwischen September 2011 und April 2012 gegründeten neuen Parteien findet sich bei Aslanidis/Marantzidis (2016: 141–143).

(Deloy 2012: 1), sondern durch eine »neue Aufteilung« in Pro-Memorandum- und Anti-Memorandum-Parteien unterschieden (Deloy 2012; Dinas/Rori 2013: 278; Aslanidis/Marantzidis 2016: 139). Ebenso wie die Gründung vieler neuer Parteien war auch die Entstehung dieser neuen Aufteilung dem Einfluss der Platzbewegung geschuldet (Aslanidis/Marantzidis 2016: 125; Fielitz 2019: 101). Deren Debatten hatten, wie in Kapitel 6 gezeigt wurde, zu einer Verschiebung der »Debatte über strikt ökonomische Themen« hin »zu einem polarisierenden soziokulturellen Diskurs« geführt (Aslanidis/Marantzidis 2016: 137).

Aslanidis und Marantzidis (2016: 138) zufolge hatte sich vor dem Hintergrund dieser polarisierenden Debatte ein neues kollektives Bewusstsein in Hinblick auf die Krisenproblematik herausgebildet. Noch viel stärker als in den Vorjahren nahmen viele Menschen die Krisenpolitik nach den Platzprotesten als ungerecht wahr und als etwas, für das nicht sie, sondern die politischen Eliten verantwortlich waren. Anhand der Wahlpräferenzen 2012 zeigte sich deutlich, dass ein Großteil der Wähler*innen die Krisenpolitik ablehnte (Deloy 2012: 6; Dinas/Rori 2013: 278; Spourdalakis 2014: 243; Katsambekis 2015). So zeigte sich eine »massive Neuausrichtung der griechischen Wähler*innenschaft« (Ellinas 2013: 543). Im Grunde handelte es sich bei den Parlamentswahlen 2012 in Griechenland um die »volatilsten Wahlen in der Geschichte Europas« (Aslanidis/Marantzidis 2016: 134). Über 50 Prozent der Wähler*innen änderten ihre Parteipräferenz³ (Aslanidis/Marantzidis 2016: 134). Circa 18 Prozent aller Stimmen gingen an Parteien, die die Drei-Prozent-Hürde nicht meisterten, darunter die selbstorganisierte Initiative *Den Pliro*. Zudem zeigte sich eine Abkehr von ND- und PASOK-Wähler*innen hin zu unterschiedlichen, radikalisierten Ablegern der beiden Parteien, die dem Pro-Memorandum-Kurs der PASOK und der ND nicht zustimmten (Dinas/Rori 2013: 275; Pappas 2014: 99).

Drei dieser Splitterparteien erreichten bei den Wahlen 2012 jeweils über sechs Prozent: die im Juni 2010 in Abspaltung von SYRIZA gegründete Demokratische Linke (*Dimokratiki Aristera*, kurz: DIMAR) (6,1 Prozent), die rechtspopulistische ANEL (10,7 Prozent) und die neonazistische Goldene Morgenröte (*Chrisi Avgi*, kurz: CA) (6,9 Prozent). Besonders erschreckend war der Stimmenanstieg der CA und ihr daraus resultierender Ersteintritt in das griechische Parlament. Ihre Wähler*innenschaft setzte sich aus Menschen verschiedenster Altersgruppen und Berufe zusammen. Insbesondere viele junge Menschen wählten die CA (Ellinas 2013: 555). Unter ihren Wähler*innen war der Anteil an Polizist*innen mit knapp 50 Prozent besonders groß (Labropoulos 2012). Zudem profitierte die CA von vielen Proteststimmen.⁴ So wählten ein Fünftel der ehemaligen LAOS⁵-Wählerinnen, zehn Prozent der ehemaligen ND-Wähler*innen, vier Prozent der ehemaligen PASOK-Wähler*innen und zwei Prozent der ehemaligen KKE-Wähler*innen im

-
- 3 Selbst zwischen den Wahlen im Mai 2012 und den Neuwahlen im Juni 2012 veränderten sich die Wahlpräferenzen und auch die Wahlbeteiligung sank in dieser Zeit von 65 auf 62,5 Prozent (Pappas 2014: 100). Im Vergleich zu 2009 war die Wahlbeteiligung um sechs Prozent gesunken.
 - 4 Protestwähler*innen sind Wähler*innen, die ihre Stimme aus Protest an eine in der Regel extremistische Partei vergeben, die sie üblicherweise nicht wählen. Die Protestwahl zielt dabei darauf ab, die Regierungsparteien abzustrafen. Innerhalb der EU ist die Zahl von Protestwähler*innen nach der Weltwirtschaftskrise 2008 angestiegen (Pöhl 2009).
 - 5 Bei den Wahlen im Mai 2012 verfehlte die LAOS mit 2,9 Prozent aller Stimmen knapp die Dreiprozenthürde.

Mai 2012 die CA (Ellinas 2013: 556).⁶ Der Aufstieg der neonazistischen Partei steht mehreren Sozialwissenschaftler*innen zufolge in direktem Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise und ihren sozialen Folgen (Psarras 2013: 31; Dalakoglou 2013; Ellinas 2013). Gute Wahlergebnisse erzielte die CA insbesondere in einkommensschwachen Stadtteilen von Athen (Psarras 2013: 32–33). So z. B. im Stadtteil Piräus (9 Prozent), der eigentlich »traditionell eine linke Hochburg darstellt« (Psarras 2013: 33). Neben der ökonomischen Krise führt der investigative Journalist und heutige Redakteur der selbstverwalteten Tageszeitung *Efsyn* (siehe Kapitel 10), Dimitris Psarras, der seit über drei Jahrzehnten zur CA forscht, einen weiteren Grund für den Stimmenanstieg der CA auf: Psarras (2013: 31) sieht die Verantwortung vor allem bei der ND und der PASOK. Diesen sei es nicht gelungen, sich von rechtsextremen Parteien klar abzugrenzen, wodurch sie einen politischen Raum für rechtsextreme Parteien geschaffen hätten. Insbesondere durch ihre Koalition mit der LAOS hätten die PASOK und die ND die »unmittelbare Machtbeteiligung einer rechtsextremen Partei salonfähig« gemacht (Psarras 2013: 31).

Eine Partei, die bei den Parlamentswahlen 2012 als »eigentliche Siegerin« hervorgegangen ist, war SYRIZA (Pappas 2014: 100). Zwar reichte es nicht für eine Regierungsübernahme. Dafür erzielte SYRIZA bei den Wahlen am 6. Mai 2012 knapp 17 Prozent aller Wähler*innenstimmen und damit einen über zehnprozentigen Stimmenzuwachs im Vergleich zu den Parlamentswahlen im Oktober 2009. Dabei profitierte SYRIZA insbesondere vom Stimmenverlust der PASOK (Douzinas 2013: 6, 178; Dinas/Rori 2013: 279). Viele ehemalige PASOK-Politiker*innen waren zudem bereits im Frühjahr 2012 zu SYRIZA gewechselt (Dinas/Rori 2013: 276). Bei den Neuwahlen im Juni 2012 erreichte SYRIZA mit knapp 27 Prozent aller Wahlstimmen innerhalb von nur einem Monat einen weiteren Stimmenanstieg von 10 Prozent (Aslanidis/Marantzidis 2016: 133).⁷ Diesmal erhielt SYRIZA den Großteil der Stimmen von Wahlüberläufer*innen der KKE (Spourdalakis 2014: 357; Tsakatika/Eleftheriou 2013: 14; Wehr 2016: 69). KKE-Mitglied *Ar schätzt, dass 90 Prozent der KKE-Wahlstimmen an SYRIZA gegangen sind (Interview, *Ar, 13.02.2013). Die KKE, die bei den Wahlen im Mai 2012 noch 8,5 Prozent erreicht hatte, kam bei den Neuwahlen im Juni 2012 somit nur noch auf 4,5 Prozent. Da die ND und die PASOK bei den Parlamentswahlen im Juni 2012 erneut keine absolute Mehrheit erreicht hatten, einigten sie sich darauf, eine Koalition mit der DIMAR zu bilden (Aslanidis/Marantzidis 2016: 133). SYRIZA hatte dagegen bei den Wahlen im Mai bereits deutlich gemacht, dass eine Koalition mit den Parteien, die die Krisenpolitik fortsetzen wollten, für sie nicht in Frage käme. Diese ablehnende Haltung gegenüber einer Zusammenarbeit mit den Pro-Memorandum-Parteien war sicherlich einer der Gründe für den steilen Anstieg ihrer Wahlstimmen im Juni 2012.

6 Durch seine jahrzehntelangen Forschungen zur CA lieferte Dimitris Psarras einen entscheidenden Beitrag zur Inhaftierung der Führungskader von CA (Strickland 2020).

7 Die Finanzminister*innen des Euroraums hatten einen derartigen Stimmenanstieg SYRIZAs befürchtet und drohten Griechenland bei einer Abkehr vom beschlossenen Reformkurs mit einem Rauswurf aus der Währungsunion (Der Spiegel 2012).

8.2 SYRIZAs Parlamentarischer Aufstieg

Der große Stimmenzuwachs für SYRIZA bei den Parlamentswahlen 2012 zeigte, dass breite Teile der Bevölkerung bereit für einen politischen Kurswechsel waren. Selbst Aktivist*innen aus dem Umfeld der A/A-Bewegung und der außerparlamentarischen Linken, die üblicherweise nicht an Wahlen teilnahmen, hatten 2012 für SYRIZA gestimmt (Azzellini/Sitrin 2014: 108; Chondros 2015: 181; Wehr 2016: 86). Ebenso wie viele andere erschöpfte Akteur*innen der Krisenproteste hofften sie dem Sozialwissenschaftler *Spy zufolge darauf, dass SYRIZA den Widerstand gegen die Krisenpolitik auf einer institutionellen Ebene fortsetzen und zu einem politischen Wandel beitragen würde:

»Als die Papadimos-Regierung zu Wahlen aufrief, sagten die Menschen, die ohnehin erschöpft und demoralisiert waren: ›Ok, jetzt versuchen wir den parlamentarischen Weg‹. Und so stimmten die Menschen vor allem für SYRIZA. Die Wahlstimmen der politischen Linken stiegen von insgesamt 10–12 Prozent auf über 30 Prozent der Stimmen. Und das Wichtigste war, dass sie als reale politische Tendenz in Erscheinung traten. Es gab eine Kraft, die es diesmal schaffen konnte« (Interview, *Spy, 17.07.2015).

Ein wesentlicher Grund, weshalb so viele Menschen im Mai und im Juni 2012 SYRIZA gewählt haben, lässt sich somit auf SYRIZAs konsequente Ablehnung der Krisenpolitik zurückführen. Zwar forderte auch die KKE ein Ende der Krisenpolitik. Allerdings versprach SYRIZA in ihrem Wahlkampf, anders als die KKE, die Krisenpolitik *sofort* zu beenden (Tsipras 2014a). Im Gegensatz zur KKE, die für einen EU-Austritt plädierte, versicherte SYRIZA den Wähler*innen zudem, Lösungen innerhalb der Eurozone zu finden (Tsipras 2013). Die Versprechen nach sofortigen Verbesserungen weckten bei vielen Menschen Hoffnungen und waren der Grund dafür, dass viele Wähler*innen ihre Stimmen an SYRIZA und nicht an die KKE vergaben, wie KKE-Mitglied *Ar eingesteht:

»Unsere Hauptzielsetzungen, unsere Slogans waren, dass wir uns loslösen sollten von der EU mit Volksmacht und einer unilateralen Abschaffung der Schulden, also die Schulden nicht anzuerkennen. Nichtsdestotrotz gab es eine Unfähigkeit, das verständlich auf das Alltagsleben zu übertragen. Was heißt das für das Alltagsleben? Wir haben ein sehr detailliertes Programm. Wir wollen einen Lohnanstieg, freien Zugang zur Bildung, zum Gesundheitssystem. Wir haben ein sehr reiches Programm. Aber es gab ein großes Problem. Wir haben es nicht geschafft, die Menschen davon zu überzeugen. Wir haben es nicht geschafft, zu dem Zeitpunkt auf die Probleme zu antworten. Und die Menschen wollten eine Antwort auf das Problem – sofort. Menschen hungerten, froren, hatten keine Arbeit, kein Geld und waren in den letzten drei Jahren geohrfeigt worden. Offensichtlich wollten sie eine Antwort und die gab SYRIZA ihnen: ›Ja, wir werden dies tun, das tun, bla, bla‹. Was alles künstlich war, es war alles eine Lüge. Und wir sagten, dass es eine Lüge ist: ›Ihr lügt, Tsipras und SYRIZA‹. Aber die Menschen gingen zu SYRIZA, weil sie das brauchten. Und das war das Dilemma. Sollten wir den Menschen das sagen? Schließlich wussten wir, dass es eine Lüge war. Wenn du die EU nicht verlässt – mit Volksmacht –, wirst du nie einen Anstieg in Löhnen oder sonst was haben. Also entschieden wir, ehrlich zu sein. Wir

wussten, dass wir die Konsequenzen tragen mussten. Auch die Konsequenzen in den Wahlen« (Interview, *Ar, 13.02.2013).

SYRIZAs Stimmenanstieg war allerdings nicht nur auf ihre Versprechen nach einem sofortigen Ende der Krisenpolitik zurückzuführen, sondern auch darauf, dass sie die sozialen Bewegungen in Griechenland seit vielen Jahren politisch unterstützt hatte (Tsakatika/Eleftheriou 2013: 15; Spourdalakis 2014: 356). Bis Ende der 2000er Jahre partizipierte SYRIZA kontinuierlich an den Protesten und Selbstorganisationsprozessen in Griechenland. Dabei identifizierte sich SYRIZA mit den sozialen Bewegungen und versuchte, deren Anliegen auf der parlamentarischen Ebene zu repräsentieren. Dem Sozialwissenschaftler Giorgos Katsambekis (2015: 153) zufolge waren Proteste und soziale Bewegungen »konstante Themen« in SYRIZAs Debatten, die »als Symbole« eines breiten Widerstands gegen die bestehende Ordnung fungierten. Von ihrer Gründung 2004 bis zum Beginn der Staatsschuldenkrise 2010 profilierte sich das Wahlbündnis als »radikale Opposition« zum Neoliberalismus und zum griechischen Zweiparteiensystem (Katsambekis 2015: 159). Dabei stellte sich SYRIZA auf die Seite marginalisierter Gruppen – Jugendliche, prekär Beschäftigte und Arbeitslose –, mit denen sie sich gemeinsam gegen die politische Elite, die Oligarchen, das Bankensystem und das Zweiparteiensystem positionierte (Katsambekis 2015: 154). Auf diese Weise gewann SYRIZA eine »starke Präsenz innerhalb der sozialen Bewegungen«, während sie auf parlamentarischer Ebene eine eher »marginale Kraft« mit vier bis fünf Prozent aller Wähler*innenstimmen darstellte (Katsambekis 2015: 154; s.a. Markou 2017b: 59).

Nach dem Beginn der Staatsschuldenkrise präsentierte sich SYRIZA als parlamentarische Verbündete im Widerstand gegen die Krisenpolitik. Dabei verfolgte sie laut dem Sozialwissenschaftler Michalis Spourdalakis (2014: 356) eine andere Strategie als die traditionelle politische Linke der Post-Diktatur-Ära. Anstatt Proteste »politisch zu kapitalisieren«, versuchte SYRIZA, diese durch eine »partizipatorische Unterstützung« zu stärken (Spourdalakis 2014: 356). Auf diese Weise gelang es SYRIZA sich als glaubwürdige Bewegungspartei darzustellen, wie insbesondere ihre Partizipation an den Platzprotesten zeigte. Letzteres trug erheblich zu SYRIZAs parlamentarischen Aufstieg bei und führte dazu, dass sie sich von ihrem ursprünglichen Selbstverständnis als antikapitalistische Basispartei abwandte. Nach den Platzbesetzungen adaptierte SYRIZA die Debatten der Platzbewegung und die damit verknüpften »Forderungen, Kämpfe und Identitäten« (Katsambekis 2015: 150). Dabei versuchte SYRIZA, die Forderungen und Interessen der breiten Masse, die die Krisenpolitik ablehnte, zu repräsentieren. Sie identifizierte sich nun nicht mehr mit den sozialen Bewegungen, die sich gegen das kapitalistische System richteten, sondern mit dem »Volk«, ⁸ das sich gegen die verantwortlichen politischen Eliten der Krisenpolitik auflehnte (Katsambekis 2015: 158).

Mehrere Sozialwissenschaftler*innen bezeichneten SYRIZAs Ausrichtung nach den Platzprotesten daher als populistisch (Katsambekis 2015: 158; Markou 2017a: 148; Aslanidis/Kaltwasser 2016: 5). In gewisser Weise füllte die Partei die sozialdemokratische Leer-

8 In einer Wahlrede 2012 verwendete Alexis Tsipras 51-mal das Wort »Volk« (Markou 2017b: 60).

stelle aus, die die PASOK hinterlassen hatte.⁹ So betonte ihr Vorsitzender Alexis Tsipras (2014b) in seinen Wahlreden immer wieder, »die gesellschaftlichen Interessen der Mittelschicht und der Arbeiter*innenklasse« auf authentische Weise zu vertreten. Neben einem Ende der Krisenpolitik versprach Tsipras die Wiederherstellung von Arbeitsrechten (Katsoridas 2018: 18; Roth 2012: 34) und eine »Rückkehr« zu den »traditionellen Werten« Europas, auf denen der »Gesellschaftsvertrag« beruhe: »soziale Inklusion und Absicherung, ein öffentliches Bildungs- und Gesundheitswesen und eine allgemeine Sozialfürsorge« (Tsipras 2013). Mit diesen umfangreichen Versprechen gelang es SYRIZA, ein für viele Wähler*innen überzeugendes Alternativprogramm zur Krisenpolitik zu präsentieren.

8.3 Die Regierung des erzwungenen Konsenses

Nach ihrem Amtsantritt begann die neue Regierungskoalition unter Ministerpräsident Antonis Samaras die im Rahmen des zweiten Memorandums festgelegten neuen Krisenmaßnahmen schrittweise umzusetzen. Neben weiteren Entlassungen und Lohnkürzungen sahen diese eine Reduktion der Vollzeitbeschäftigung vor. Diese ging von 67 Prozent (2010) auf 56,5 Prozent (2012) zurück, mit einem 337-prozentigen Anstieg im »erzwungenen Wechsel von Vollzeitverträgen zu flexiblen Formen der Beschäftigung« (Kioupkiolis/Karyotis 2016: 150). Infolge der Arbeitsmarktreformen stiegen die Armuts- und Arbeitslosenrate massiv an. Allein zwischen dem ersten und vierten Quartal 2012 stieg die offizielle Gesamtarbeitslosenrate von 22,6 Prozent auf 26 Prozent (ELSTAT 2012). In absoluten Zahlen bedeutete dies, dass circa 1,3 Millionen Menschen in Griechenland arbeitslos waren. Bei den Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren lag die Arbeitslosenrate besonders hoch. Diese lag im ersten Quartal 2012 bei 53 Prozent und im vierten Quartal 2012 bei 58 Prozent (ELSTAT 2012). Die oftmals ohnehin prekär beschäftigten Frauen waren dabei sowohl in der Gruppe der Jugendlichen als auch insgesamt stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als die Männer (ELSTAT 2012).

Was die Armutsrate betraf, waren Ende 2013 knapp 37 Prozent der Bevölkerung in Griechenland armutsgefährdet (OECD 2014). Angesichts der allgemeinen Verschlechterung der Lebensbedingungen, lehnten immer breitere Teile der Bevölkerung eine Fortsetzung der Krisenmaßnahmen ab. Somit fiel auch die gesellschaftliche Zustimmung zur neuen Regierungskoalition von Anfang an gering aus (Spourdalakis 2014: 360; Petrou 2013: 165). Der neuen Regierung war dies bewusst. Laut dem Sozialwissenschaftler Yannis Kallianos (2012: 29) hatten bereits vor den Parlamentswahlen im Mai 2012 alle drei an der Regierung beteiligten Parteien darauf hingewiesen, dass ein »neuer Sozialvertrag« etabliert werden müsse, um die Legitimation des griechischen Staates wiederherzustellen. Nach den Wahlen zeigte sich deutlich, dass dieser neue Sozialvertrag nicht – wie für westliche Demokratien üblich – darauf beruhte, wohlfahrtsstaatliche Leistungen einzuführen bzw. wiederherzustellen – diese waren ohnehin quasi non-existent –, sondern

9 Wie seine öffentlichen Auftritte zeigten, adaptierte Alexis Tsipras sogar die Sprache und Gestik des populären und als volksnah geltenden PASOK-Politikers und ehemaligen Ministerpräsidenten Andreas Papandreou (1981–1989).

vielmehr auf dem Versuch, die Einführung weiterer Krisenmaßnahmen mit Ideen des »Fortschritts« und »Wandels« hin zu etwas »Neuem« und »Besserem« zu legitimieren (Kallianos 2014: 72–73).

Gegen all diejenigen, die diesem Fortschritt im Wege standen, begann die ND-geführte Regierung nach ihrem Amtsantritt eine staatliche Verfolgungsjagd (Spourdakis 2014: 357). Auf diese Weise sollte die gesellschaftliche Zustimmung zum »Krisenregime« (Christopoulos 2014) notfalls erzwungen werden (Petrou 2013: 165; Kallianos 2012, 2014; Spourdakis 2014: 357). Die Regierung erhöhte die Polizeipräsenz und gründete eine neue, mit Motorrädern ausgestatte, polizeiliche Spezialgruppe, die sogenannte Delta-Einheit (*Omada Delta*) (Mason 2012). Insbesondere gegen die A/A-Bewegung ging die Regierung dabei harsch vor. Zum einen zensierte sie die Gegeninformationsmedien der A/A-Bewegung. Darüber hinaus ließ die Regierung ab Dezember 2012 zahlreiche Sozialzentren der A/A-Bewegung räumen. Als A/A-Aktivist*innen am 9. Januar 2013 versuchten, sich eine der ältesten Besetzungen in Athen, die *Villa Amalias*, wiederanzueignen, räumte die Polizei das Gebäude erneut und nahm etwa 90 Personen fest. Diese wurden unter Anwendung des Vermummungsverbots verurteilt (Dalakoglou 2013: 285). Kurz nach der Festnahme der Aktivist*innen wurden zwei weitere historische Athener Besetzungen, *Skaramanga* und *Lela Karagiannis*, von der Polizei geräumt. Wie sich wenig später herausstellte, standen die drei geräumten Häuser mit weiteren, insgesamt 40 selbstorganisierten Sozialzentren und Besetzungen auf einer schwarzen Liste der Regierung (Dalakoglou 2013: 286).

Neben Versuchen, die Aktivitäten der A/A-Bewegung zu kriminalisieren, unternahm die Regierung auch rechtliche Schritte zur Eindämmung der Proteste. Zum einen wurden mehrere Gesetzesänderungen durchgeführt. Neue rechtliche Definitionen wie »Terrorismusverdächtiger« ermöglichten es der Regierung, Protestteilnehmer*innen bis zu 36 Monate in Untersuchungshaft zu halten, bevor diese einer Tat schuldig gesprochen wurden (Tsimitakis 2014). Willkürlich erteilte die Regierung zudem zahlreiche Streik- und Protestverbote, so z.B. im Falle mehrerer unbefristeter Betriebsstreiks, die Beschäftigte aus den Berufsbereichen Transport, Seefahrt, ÖPNV und Bildung im Winter 2012/13 durchführten (Dalakoglou 2013: 286; Petrou 2013: 166; Vogiatzoglou 2017: 112). Als Anfang 2013 Angestellte der Athener Metro aufgrund drohender Lohnkürzungen in Höhe von 25 Prozent in einen einwöchigen Streik traten, verordnete die Regierung Kündigungsdrohungen und -vollziehungen sowie eine polizeiliche Räumung des Streiks. Bei der Zerschlagung von Streiks berief sich die Regierung auf eine 1974 erlassene Notverordnung zur Dienstverpflichtung,¹⁰ derzufolge Streikende an ihren Arbeitsplatz zurückkehren müssen, wenn sie von der Regierung dazu aufgefordert werden (Dalakoglou 2013: 286; Die Presse 2013; Petrou 2013: 166; Kritidis 2014: 142; Vogiatzoglou 2017: 112). Als Busfahrer*innen und Eisenbahnangestellte in Solidarität mit den Metroangestellten ebenfalls in den Streik traten, beendete die Regierung diesen, indem sie den Streik für illegal erklärte (Deutsche Welle 2013). Die Gewerkschaften kritisierten die Dienstverpflichtungen zwar, da sie verfassungswidrig waren und gegen internationale Konventionen verstießen, allerdings konnten sie nichts gegen die Einführung der Zwangsverordnungen ausrichten (Die Presse 2013). Aufgrund der repressiven Maßnahmen der Regierung fiel es

10 Bei Zuwiderhandlung drohten Streikenden Entlassungen und Haftstrafen (Kritidis 2014: 142).

den Gewerkschaften zunehmend schwer, die Streiks von Beschäftigten zu unterstützen, wie der Hochschulprofessor *St berichtet:

»Die meiste Zeit gab es große Streiks, die niedergeschlagen wurden. Sie wurden mit direkter Gewalt konfrontiert. Sie konnten nicht fortgesetzt werden. Teil dieser Gewalt ist natürlich, Streik für illegal zu deklarieren. Es ist eine Form der Unterdrückung der Bewegungen. Da diese Formen des Widerstands sich nicht entwickeln konnten, gab es keine offensichtliche politische Alternative« (Interview, *St, 01.04.2015).

Die Illegalisierung von Streikaktivitäten und die Kriminalisierung von Protesten allgemein führten mehreren Sozialwissenschaftler*innen zufolge nicht nur zu einem Rückgang der Streiks, sondern zu einer Demobilisierung der Krisenproteste (Kallianos 2014: 67; Kanellopoulos et al. 2017: 115; Vogiatzoglou 2017: 112). Darüber hinaus gelang es der Regierung durch ihre repressive Sicherheitspolitik, die Kritik an der Krisenpolitik einzudämmen. Insbesondere bei den rechtskonservativen Wähler*innen versuchte die Regierung zudem einen Zuspruch zur Krisenpolitik zu erwirken, indem sie als Hüterin von Recht und Ordnung auftrat.¹¹ So führte die Regierung 2012 u.a. mehrere Razzien gegen marginalisierte Gruppen wie Migrant*innen, Sexarbeiter*innen und Drogenkonsument*innen durch, um das Zentrum von Athen zu »säubern« (Kathimerini 2013). Dabei adaptierte die Regierung zu weiten Teilen die »xenophobisch, anti-migrantisch und extrem nationalistische« Agenda der CA (Spourdalakis 2014: 357). Unter der Operation *Xenios Zeus*¹² durchsuchte die Regierung im Sommer 2012 60.000 Wohnungen von Migrant*innen, von denen im Anschluss mehrere abgeschoben wurden (Dalakoglou 2013: 283).

Bei der Jagd auf Migrant*innen wurde der griechische Staat dabei von den Straßentrupps der CA unterstützt. Nach ihrem Parlamentseintritt im Sommer 2012 provozierte die CA dem Journalisten Dimitris Psarras (2013: 35) zufolge »bürgerkriegsähnliche Zustände« in griechischen Großstädten. Dabei inszenierte sich die CA als militante Kraft, die das Land vor Migrant*innen, Anarchist*innen und einer Regierungsübernahme durch die parlamentarische Linke schütze (Psarras 2013: 35). Regelmäßig griffen militante Mitglieder der CA Verkaufsstände von Migrant*innen an und zerstörten diese (Psarras 2014: 186). Es blieb allerdings nicht nur bei Sachbeschädigungen. Mitglieder der CA begingen auch eine Reihe von gewalttätigen Angriffen und Morden. Laut einem Bericht der UNO wurden in Griechenland zwischen Oktober 2011 und Dezember 2012 über 200 rassistisch motivierte Angriffe auf Migrant*innen verübt, darunter mehrere tödliche (Karamanidou 2015). Ihre engen Verbindungen zur Polizei¹³ und zu paramilitärischen Sondereinheiten ermöglichten es der CA dabei, Angriffe auf Migrant*innen und Mitglieder der A/A-Bewegung ohne rechtliche Konsequenzen auszuüben (Psarras 2014: 188).

11 In diesem Sinne reduzierte der griechische Staat infolge der Krisenpolitik zwar seine wohlfahrtstaatlichen Aufgaben, allerdings nicht seine Funktion als Kontrollapparat.

12 Zynischerweise war diese Operation nach dem griechischen Gott der Gastfreundschaft benannt.

13 Zur Kollaboration der CA und der griechischen Polizei siehe Chatzistefanou (2012).

8.4 Selbstorganisierte Solidaritätsinitiativen

8.4.1 Zwischen sozialer Not und demokratischer Selbstorganisation

Infolge der Verschärfung staatlicher Sicherheitsmaßnahmen und des fast völligen Rückzugs des Wohlfahrtsstaates veränderte sich der Widerstand gegen die Krisenpolitik ab Sommer 2012. Die Agenda der Krisenproteste verschob sich zunehmend von »breiten, nationalen Themen zu spezifischeren« (Diani/Kousis 2014: 401). Darüber hinaus nahm die Zahl von Demonstrationen und Streiks deutlich ab – auch weil für immer mehr Menschen sichtbar wurde, dass Proteste gegen die Krisenmaßnahmen unwirksam waren (Mullis 2017: 170). Einzelne Proteste richteten sich zwar immer noch gegen Lohnkürzungen und Entlassungen, waren dabei allerdings weniger miteinander verknüpft (Mullis 2017: 173). Anstatt Proteste zu organisieren beteiligten sich viele Menschen ab Sommer 2012 an der Gründung selbstorganisierter Projekte, die in erster Linie dazu dienten, die soziale Alltagsnot zu mindern (Rakopoulos 2014: 318; Sotiropoulos/Bourikos 2014; Daskalaki et al. 2018: 3).

Die Zahl derartiger Strukturen stieg ab Sommer 2012 deutlich an (Tsomou 2014a: 7; Vogiatzoglou 2017: 113; Backes et al. 2018: 63–65). Laut Solidarität für Alle (*Allileugi gia Olous*¹⁴), einer 2012 gegründeten Koordinierungsstelle selbstorganisierter Solidaritätsinitiativen, lag die Zahl selbstorganisierter Initiativen 2012 bei circa 200. Diese Zahl verdoppelte sich zwischen 2012 und 2014 (*Allileugi gia Olous* 2015: 14).¹⁵ Ihre Entstehung ist dabei nicht allein auf die Ausbreitung sozialer Not und einen »kollabierenden Wohlfahrtsstaat« (G Giovanopoulos/Kolokotronis 2016) zurückzuführen, sondern auch dem Einfluss der Platzbewegung 2011 geschuldet. Wie in Kapitel 6 gezeigt wurde, gingen aus den Debatten und Praktiken der Bewegung viele Ideen zu langfristigen Strukturen hervor (Varvarousis/Kallis 2017: 136). Die ab Sommer 2012 gegründeten Projekte deckten dabei sämtliche gesellschaftliche Bereiche ab, von Nahrungsversorgung und -distribution bis hin zu Kultur, Gesundheit, Bildung, Recht, Arbeit und Wirtschaft (Sotiropoulos/Bourikos 2014: 41–42; Giovanopoulos/Kolokotronis 2016). Initiiert wurden diese Projekte von Aktivist*innen aus dem Umfeld der A/A-Bewegung und der außerparlamentarischen Linken (Sotiropoulos/Bourikos 2014: 51) sowie in Unterstützung von SYRIZA und der Koordinierungsstelle *Allileugi gia Olous*. Darüber hinaus wirkten in den Projekten viele Menschen mit, die, was die Teilhabe an selbstorganisierten Strukturen betrifft, unerfahren waren und sich selbst keiner bestimmten politischen Richtung zuordneten (Varvarousis/Kallis 2017: 147). Dem Commons-Forscher *St zufolge entdeckten viele dieser Menschen durch ihre Partizipation, dass sie mit ihrer Notsituation nicht allein waren und die Krise kollektiv bewältigen können. Darüber hinaus entdeckten sie durch den Prozess der Selbstorganisation, dass gesellschaftliche Alternativen bestehen, wie diese gestaltet sein und wie effektiv diese sein können, um Zugang zu Ressourcen und Dienstleistungen zu gewinnen. All das seien *St zufolge bedeutende transformatorische Potentiale der gegründeten Projekte:

14 Die Internetseite von *Allileugi gia Olous* ist abrufbar unter: <https://www.solidarity4all.gr>.

15 Diese Zahlen beziehen sich vor allem auf, aber nicht nur, selbstorganisierte Initiativen, die von Solidarität für Alle unterstützt werden.

»Ich glaube, dass in dieser Periode, viel mehr Menschen an verschiedenen Initiativen mit alternativen Formen der Organisation teilnehmen. Das allein ist schon ein wichtiges Resultat. Das bedeutet, dass Menschen trotz unterschiedlicher Praktiken, unterschiedlicher Werte oder einer unterschiedlichen Ideologie zusammenfinden. Manchmal ist es wichtiger, dass sie Erfahrungen teilen, durch die sie verstehen oder entdecken, dass alternative Wege in der Gesellschaft wirklich existieren und effizient sein können. Zum Beispiel ist Solidarität ein wichtiges Prinzip für die anarchistische und die kommunistische Bewegung. Aber wenn du entdeckst, dass Solidarität auch effizient ist in einer Periode der Krise, dann kann Solidarität eine kreative Kraft werden und nicht nur ein Ziel. Das ist mein Verständnis, von dem, was aktuell passiert. Praktiken, verschiedene Formen der Organisation, Selbstorganisation, Horizontalität und Praktiken des Teilens dieser Praktiken haben sich in einer Periode der Krise entwickelt und sind für viele Menschen wichtig geworden, weil sie in vielen Fällen ihnen Möglichkeiten geboten haben, nicht nur zu überleben, sondern zumindest einige der Dienstleistungen zu bekommen, die sie nicht haben. Aber das ist nicht das einzige Resultat. Abgesehen davon, dass diese Praktiken effizient sind, zeigen sie andere Wege der Kollaboration, andere Wege der Partizipation an einem kollektiven Projekt. Das ist wichtig. Und dies schafft tatsächlich einen anderen Kontext, eine andere politische Situation ›von unten‹, die sich nicht einfach nur in einem Wandel von Meinungen widerspiegelt: ›Wähl dies oder das!‹ Es spiegelt sich wieder in einem Wandel von Gewohnheiten, einem Wandel des Verstehens, was wichtig ist im alltäglichen Leben. Also das ist sehr wichtig für diejenigen, die daran interessiert sind für eine emanzipierte Gesellschaft zu kämpfen. Denn was wird es letztendlich sein? Eine andere Organisation der Alltäglichkeit, welche bestimmten Mustern folgen wird, die nicht die Muster sind, die wir heute haben, basierend auf Gleichheit, auf Solidarität [...] Diese Dinge im Alltag testen ist das Wichtigste [...] diese Formen von Wandel bieten die Möglichkeit, jetzt einige Aspekte einer zukünftigen Gesellschaft zu leben und zu sehen, wie es sein kann [...] Und das allein zeigt schon einiges!« (Interview, *St, 01.04.2015).

Auch wenn viele Projekte in erster Linie dazu dienten die Krise kollektiv zu bewältigen, hatten die Projekte somit weitere transformatorische Potentiale. Über die große Beteiligung an den Prozessen der Selbstorganisation entstanden neue politische Subjekte und neue soziale Beziehungen (Giovanopoulos/Kolokotronis 2016).

8.4.2 Solidarität für Alle

Die Initiative *Allileugi gia Olous* wurde im Sommer 2012 infolge der Platzproteste 2011 gegründet. Wie das Mitglied der Initiative *Chr erzählt, partizipierten die Gründungsmitglieder von *Allileugi gia Olous* an den Platzprotesten (Interview, *Chr, 06.03.2013). Laut der Gründungsmitglieder spielte die Platzbewegung »eine zentrale Rolle in der Popularisierung einer Kultur der Selbstorganisation, Vollversammlungen und der direkten Demokratie« (Allileugi gia Olous 2015: 13). Mitinitiiert wurde das bis heute (Stand: 2025) bestehende Projekt zudem von SYRIZA. Nach ihrem enormen Stimmenzuwachs im Juni 2012 entschied SYRIZA, 20 Prozent ihrer Abgeordnetengehälter monatlich an einen Fonds zur Unterstützung sogenannter Solidaritätsinitiativen abzugeben, wie *Chr erzählt:

»*Allileugi gia Olous* entstand ein Jahr nach dieser Bewegung [der Platzbewegung, *Anm. d. Verf.*], als ein Ergebnis der Entwicklung dieser Bewegung. Menschen, die in *Allileugi gia Olous* teilnahmen, waren Aktivist*innen. Es waren Leute, die in all diesen Kämpfen teilgenommen hatten. Und zweitens passierte das im Rahmen der politischen Entwicklungen; dass SYRIZA 27 Prozent der Stimmen gewann. Eine der ersten Entscheidungen, die SYRIZA traf, nachdem sie die Hauptoppositionspartei geworden war, war, dass SYRIZA einen Fonds kreiert, in den alle SYRIZA-Abgeordneten 20 Prozent ihres Gehalts einzahlen, um diese selbstorganisierten Solidaritätsstrukturen zu unterstützen. SYRIZA entschied, nicht ihre eigenen Solidaritätsstrukturen zu kreieren, sondern die Entwicklung dieser selbstorganisierten Solidaritätsstrukturen der Menschen zu unterstützen [...] um die Menschen zu unterstützen in der Krise, um neue soziale Beziehungen zu schaffen und eine soziale Basis für eine breitere politische Transformation und für sozialen Wandel als die Basis für politischen Wandel. Also, das war das Konzept« (Interview, *Chr, 06.03.2013).

Somit trug SYRIZA durch ihre materielle Unterstützung zur Entstehung und Verstärkung der Solidaritätsinitiativen bei. *Allileugi gia Olous* versteht sich trotz der Kooperation mit SYRIZA als politisch unabhängige Initiative (Interview, *Chr, 06.03.2013). Ihr Ziel sei es, die Gründung von Solidaritätsinitiativen zu fördern, ohne dabei jedoch die miteinander vernetzten Projekte ideologisch und politisch für sich zu vereinnahmen, wie Mitglied *Chr erklärt:

»Als wir begannen, gab es 100 solcher Initiativen in Griechenland. Eigentlich waren es Treffen von Leuten, die isolierte Solidaritätsinitiativen organisierten. Wir erleichterten die Schaffung von mehr solcher Solidaritätsinitiativen. Und das ist die Rolle, die wir bis heute haben. Wir versuchen die Gründung von Initiativen zu erleichtern durch das entsprechende Know-how, durch das Verbreiten von Wissen und durch die Distribution dieses Wissens, durch das in den Medien sichtbar machen, durch das Vernetzen verschiedener Gruppen [...] alle Sozialkliniken in Athen sind miteinander vernetzt, um sich gegenseitig zu unterstützen. In den Sozialkliniken wird zum Beispiel Nahrung gesammelt oder die Märkte ohne Mittelleute sammeln Medizin und geben es den Sozialkliniken. So funktioniert das, diese Art von direktem Vernetzen untereinander. Wir machen viel logistische Arbeit [...] Arbeit, die jede Solidaritätsstruktur allein nicht bewältigen könnte. Das ist, wo wir ins Bild kommen. Wir wollen diese Bewegung nicht repräsentieren. Es ist die Basis unserer Prinzipien, dass wir nicht diese Rolle spielen. Wir haben eine völlig dezentralisierte Logik, wie die Dinge getan werden sollten« (Interview, *Chr, 06.03.2013).

Die von *Allileugi gia Olous* unterstützten Initiativen decken sechs Bereiche ab: Gesundheit, Bildung, soziale und solidarische Ökonomie, Kultur, rechtliche Unterstützung und Nahrung (Interview, *Chr, 06.03.2013). Im Bereich der Ernährung unterstützte *Allileugi gia Olous* die Gründung von kollektiven Suppenküchen und Projekten, die einkommensschwache Haushalte kostenlos mit Lebensmitteln versorgen. Darüber hinaus unterstützte *Allileugi gia Olous* die Gründung sogenannter Sozialkliniken sowie die Etablierung von Tauschbörsen. Alle Initiativen sind über Vollversammlungen organisiert. Die Mitglieder der Initiativen besitzen alle das gleiche Stimmrecht und treffen Entscheidungen gemeinsam. Die Arbeit in den Projekten erfolgt auf freiwilliger Basis

(Interview, *Chr, 06.03.2013). Auch wenn viele Menschen zunächst in den Projekten mitwirkten um die eigene soziale Not zu bewältigen, entdeckten sie durch ihre Partizipation häufig weitere transformatorische Potentiale. Mitbegründer *Chr zufolge begriffen viele Menschen, in dem Versuch die eigene Not zu bewältigen, wie effektiv es sein kann, »die Folgen der Krise kollektiv zu bewältigen« (Interview, *Chr 06.03. 2013). Auch eigneten sich die Teilnehmer*innen neue »Praktiken des alltäglichen Lebens« an (Interview, *Chr, 06.03.2013). Für *Chr persönlich trugen die Projekte somit dazu bei, »die Idee der Selbstorganisation überall zu verbreiten« (Interview, *Chr, 06.02.2013). Es sei eben nicht das Ziel von *Allileugi gia Olous*, lediglich materielle Hilfe zu leisten, sondern auch, die Prozesse der »gesellschaftlichen Partizipation« und »direkten Demokratie« voranzutreiben und »eine langfristige Transformation von Gesellschaft« zu erreichen (Interview, *Chr, 06.03.2013). *Allileugi gia Olous* versteht sich als »Teil eines größeren politischen Kampfes« und als »eine politische Bewegung« (Interview, *Chr, 06.03.2013). Als solche ziehe sie darauf ab, die »Commons« durch die »Teilhabe der Gemeinde« zu organisieren (Interview, *Chr, 06.03.2013).

8.4.3 Sozialkliniken

Die Implementierung von Krisenmaßnahmen führte in Griechenland zu drastischen Kürzungen im Gesundheitsbereich. Diese zogen wiederum Mängel in der staatlichen Gesundheitsversorgung sowie einen massenhaften Ausschluss breiter Teile der Bevölkerung vom öffentlichen Gesundheitssystem nach sich (Teloni/Adam 2018: 2). 2013 waren circa 30 Prozent der Gesamtbevölkerung nicht mehr krankenversichert (Schubert 2013). Um die staatlichen Mängel und die Bedarfe der Menschen zu decken, gründeten Ärzt*innen und Freiwillige ab Sommer 2012 sogenannte Sozialkliniken (*Koinonika Iatreia*) (Petropoulou 2013: 77–78; Sitrin/Azzellini 2014: 80; Teloni/Adam 2018). Laut einer Studie von Dimitri Sotiropoulos und Dimitris Bourikos (2014: 42) lag ihre Zahl 2012 landesweit bei 33, davon sieben in Athen und vier in Thessaloniki. Dimitra-Dora Teloni und Sofia Adam (2018: 3) zählten in ihrer empirischen Studie von 2014 insgesamt 72 Sozialkliniken. Dabei handelte es sich allerdings nur bei etwa der Hälfte um selbstorganisierte Kliniken, während die andere Hälfte der Kliniken von staatlichen Akteur*innen und der Kirche gegründet wurde (Teloni/Adam 2018: 4). *Allileugi gia Olous* zufolge lag die Zahl selbstorganisierter Sozialkliniken Anfang 2015 bei landesweit 40 (*Allileugi gia Olous* 2015: 17). Das primäre Ziel der Sozialkliniken ist es, eine kostenlose medizinische Versorgung für alle diejenigen anzubieten, die keinen Zugang zu Dienstleistungen des öffentlichen Gesundheitssystems haben (*Allileugi gia Olous* 2015: 17; Teloni/Adam 2018: 4). Ein Mitglied von Soziale Solidaritätsklinik Athen (*Koinoniko Iatreio Allileugis Athinas*, kurz: KIFA) – eine Sozialklinik, die wie viele andere in Unterstützung von *Allileugi gia Olous* entstanden ist – erzählt, wie steigende Arbeitslosenzahlen in Griechenland zur Exklusion vieler Menschen aus der Gesundheitsversorgung geführt haben:

»Aufgrund der Krise! Durch die Krise waren viele Menschen arbeitslos. Wenn du nicht arbeitest, verlierst du ein Jahr später alle Gesundheitsleistungen. Du wirst in den Krankenhäusern nicht behandelt. Also haben wir diese Orte geschaffen für diese Menschen, weißt du, weil es viele arbeitslose Menschen gibt, die nicht in Krankenhäuser oder zum

Arzt konnten. Das ist der Grund, warum sie gegründet wurden. Natürlich auch für Migrant*innen, die auch ihre Arbeit verloren haben« (Interview, *Tou, 03.03.2015).

Wie die meisten Sozialkliniken kooperiert KIFA landesweit mit anderen Sozialkliniken und finanziert sich überwiegend durch Spenden. Die Miete für die Räumlichkeiten von KIFA wurde beispielsweise »von Solidaritätsinitiativen in Deutschland und Frankreich übernommen« (Interview, *Tou, 03.03.2015). Viele Sozialkliniken werden materiell nicht nur von *Allileugi gia Olous*, sondern auch von den Kommunen unterstützt. Eine der größten Sozialkliniken im Land ist die Metropolitanische Sozialklinik Ellinikos (*Mitropoliko Koinoniko Iatreio Ellinikou*, kurz: MKIE).¹⁶ Sie befindet sich im Athener Vorort Ellinikos. Die sechs Gründer*innen von MKIE beteiligten sich an den Platzprotesten. Am besetzten Syntagma-Platz wirkten die sechs Ärzt*innen im Medizinteam mit (MKIE 2012a). Infolge ihrer Teilnahme an den Platzbesetzungen fassten sie gemeinsam den Entschluss, eine dauerhafte medizinische Versorgungsstruktur zur Unterstützung von Menschen ohne Krankenversicherung aufzubauen (MKIE 2012a). Mit der Unterstützung der Kommune von Ellinikos, die neben den Räumlichkeiten auch finanzielle Mittel für den Aufbau der Klinik bereitstellte, begannen die Ärzt*innen im Herbst 2011, die Klinik zu errichten (MKIE 2012a). Die Sozialklinik öffnete am 15. Dezember 2011 (MKIE 2011). Innerhalb von nur zwei Monaten erhöhte sich die Zahl der anfänglich sechs Mitglieder von MKIE auf 60. In dieser Zeit schlossen sich neben Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen auch Freiwillige dem Projekt an (MKIE 2012b: 00:01:59–00:02:06). Innerhalb von einem Jahr stieg die Zahl der Mitglieder auf über 170 an (MKIE 2012b: 00:02:57–00:03:00). Wie andere selbstorganisierte Sozialkliniken operiert auch MKIE durch eine Vollversammlung, an der alle Mitglieder regelmäßig teilnehmen und alle nichtmedizinischen Entscheidungen kollektiv treffen. Finanzielle Spenden lehnt MKIE ab. Die Sozialklinik erhält nur Sachspenden. Um ihre Eigenständigkeit zu wahren, lehnt die Klinik ebenfalls Kooperationen mit politischen Parteien ab (MKIE 2012a). Am Beispiel von MKIE zeigt sich deutlich, wie sehr der Bedarf an kostenloser Gesundheitsversorgung in Griechenland infolge der Krisenmaßnahmen und der damit verbundenen wachsenden Arbeitslosigkeit zugenommen hat. Statistiken von MKIE zufolge wurde die Klinik zwischen Januar und August 2012 über 1.200-mal von Patient*innen aufgesucht (MKIE 2012b: 00:03:33). Zudem behandelte die Klinik ab 2012 teilweise über 100 Patient*innen täglich (MKIE 2012a).

Neben einer für alle zugänglichen Gesundheitsversorgung forderten viele der selbstorganisierten Sozialkliniken eine Reform des staatlichen Gesundheitssystems. So fordert KIFA einem Mitglied zufolge beispielsweise die Einführung einer Pflichtversicherung für alle Bürger*innen (Informelles Gespräch, *To, 15.07.2015). Eine sozialpolitische Wende erhofften sich viele Sozialkliniken vom Regierungswechsel im Januar 2015. So erwarteten Mitglieder der MKIE von der SYRIZA-geführten Regierung, dass diese das Gesundheitswesen wieder aufbaut, sodass die MKIE ihre Funktion reduzieren oder sogar einstellen kann (Vogiatzoglou 2017: 113). Diese Erwartungshaltung lässt darauf schließen, dass viele Sozialkliniken die Organisation der Gesundheitsversorgung grundsätzlich als eine staatliche Aufgabe betrachten. Doch selbst wenn die meisten Sozialkliniken

16 Die Internetseite von MKIE ist abrufbar unter: <https://mki-ellinikou.blogspot.com>.

auf eine Reformierung als auf eine Transformation des Gesundheitssystems hinarbeiten, so bergen sie dennoch transformatorische Potentiale.

Commons-Forscher *St zufolge trugen die Erfahrungen in der Selbstorganisation zur Herausbildung eines neuen politischen Bewusstseins der Mitglieder bei:

»Wir müssen eingestehen, dass es eine riesige Vielfalt an Initiativen gibt und weil das Überleben unter diesen Bedingungen ganz schwierig ist, haben Forderungen nach Effizienz manchmal Priorität. Nehmen wir zum Beispiel den Fall einer selbstverwalteten medizinischen Klinik. Da ist offensichtlich Effizienz ganz wichtig. Aber gleichzeitig funktioniert sie durch ehrenamtliche Arbeit, die auf Horizontalität basiert. Menschen müssen sich einig darüber sein, wie sie es tun wollen. Es gibt keinen institutionellen Rahmen durch den sie ihrem Tun Form verleihen. Sie müssen sich darüber einig sein, wie sie es tun wollen [...] Die Klinik versucht einige Dienstleistungen zu produzieren für jene, die sie dringend brauchen. Aber im Prozess des Versuchens – Regeln entwickeln, durch die sie das tun – entdeckst du, was wichtig ist, wenn du nicht durch jemand anderen geleitet wirst, sondern du das Subjekt bist. So entdeckst du die Probleme und Vorteile von Demokratie im Prozess. Es ist keine Erklärung von Demokratie. Es ein Gebrauch von Demokratie. Es ist eine Erfahrung von Demokratie. Und manchmal glaube ich, dass dies wichtiger ist als die politische Diskussion über Demokratie. Ich sage nicht, dass sie nicht wichtig ist. Aber manchmal denke ich, dass wenn wir in einer Periode sind, in der wir Demokratie neu entdecken können, dann wird das möglicherweise in neuen gesellschaftlichen Formen resultieren, die die heutige Gesellschaft ersetzen können« (Interview, *St, 01.04.2015).

Eine Sozialklinik, die ihrem Selbstverständnis zufolge primär mit dem Ziel gegründet wurde, den Gesundheitsbereich grundlegend zu transformieren, ist die selbstorganisierte Sozialklinik KCI. Diese wird in Kapitel 10 als Fallstudie untersucht.

8.4.4 Tauschbörsen, Nachhilfekurse und Solidaritätsküchen

Ab Sommer 2012 wurden vermehrt auch selbstorganisierte Initiativen in den Bereichen Kultur, Tauschökonomie und Bildung gegründet, darunter Zeitbanken, Tauschbörsen sowie kostenfreie Nachhilfeschoolen und Sport- und Musikkurse (Sotiropoulou 2012; Tsomou 2014: 8; Varvarousis/Kallis 2017: 144). Laut der Studie von Sotiropoulos und Bourikos (2014: 40) gab es 2012 mindestens 22 Tauschbörsen in 17 griechischen Städten. 2018 gab es laut einer Studie der Sozialwissenschaftler*innen Maria Daskalaki, Marianna Fotaki und Irene Sotiropoulou (2018: 5) landesweit 97 Projekte in den Bereichen Tauschökonomie und Parallelwährungen, darunter 48 Zeitbanken.¹⁷ Eine der ersten Zeitbanken war die Zeitbank Athen-Syntagma-Platz (*Trapeza Chronou Athinas-Plateias Syntagmatos*),¹⁸ die von sechs Protestteilnehmenden noch während der Besetzung des Syntagma-Platzes gegründet wurde (Athens Time Bank 2011). Eigenen Aussagen zufolge gründeten die Protestteilnehmenden die Zeitbank, um »neue Formen der Solidarität« zu kreieren und

17 Einige dieser Projekte befinden sich inzwischen in einer »(Re-)Organisierungsphase« und sind nicht mehr selbstorganisiert, sondern werden staatlich finanziert (Daskalaki et al. 2018: 5).

18 Die Internetseite der Zeitbank Athen-Syntagma-Platz ist abrufbar unter: www.time-exchange.gr.

um gegen »Entfremdung« und »Individualismus« zu kämpfen (Athens Time Bank 2011). Ähnlich wie andere Zeitbanken ist die Zeitbank Athen-Syntagma-Platz über eine Vollversammlung organisiert, in der die Mitglieder gemeinsam abstimmen und alle das gleiche Stimmrecht besitzen (Time Bank Athens 2011). Die Arbeit erfolgt auf freiwilliger Basis. Eine »Beziehung zum Staat oder anderen öffentlichen Institutionen« lehnen die Mitglieder der Zeitbank ab, weil sie »unabhängig und frei« sein wollen (Time Bank Athens 2011). Ebenso wie andere Zeitbanken zielt die Zeitbank Athen-Syntagma-Platz darauf ab, das Geldsystem durch den Austausch von Dienstleistungen zu ersetzen.¹⁹ Nicht in allen Fällen beteiligen sich die Mitglieder primär aus der eigenen sozialen Not heraus an den selbstorganisierten Zeitbanken. Auch die Einwohner*innen einkommensstarker Stadtteile entdeckten während der Krise, dass selbstorganisierte Strukturen für ihre Leben durchaus effizient und bereichernd sein können. So gründeten die Mitglieder der seit 2003 bestehenden Nachbarschaftsinitiative *Mesopotamia*²⁰ im Athener Vorort Moschato 2011 eine Zeitbank, die den Mitgliedern zufolge nicht nur das Ziel verfolgt, Armut zu bekämpfen, sondern »die Grundsteine eines neuen Modells ökonomischer Beziehungen zwischen Menschen« liefert (Mesopotamia 2023). Der Commons-Forscher *St erzählt von einer Freundin, die ihm in einem Gespräch ihre Partizipation an dem Projekt als eine bewusstseinsverändernde Erfahrung beschrieb:

»Ich traf eine andere Freundin, die sich in einer Nachbarschaftsinitiative engagiert, die *Mesopotamia* heißt. Diese befindet sich in einer sehr wohlhabenden Nachbarschaft. Dort haben sie eine Zeitbank und sie teilen Dinge und Güter, sie machen Tauschbazaare. Und als ich sie traf, es war vor den Wahlen [Parlamentswahlen 2015, *Anm. d. Verf.*], fragte sie: »Wie geht es dir?« Und ich sagte: »Die Dinge sind schwierig.« Sie sagte: »Fang nicht an! Fang nicht wieder mit der gleichen Attitüde an. Wir erleben hier Dinge, von denen wir nicht geträumt hätten, dass wir sie erleben könnten. Ich bin in einer Nachbarschaft, in der ich Spanischunterricht geben kann und jemand mir eine Mahlzeit anbietet oder meine Zähne richtet. Hast du diese Art von Erfahrung vorher gehabt?« Also, das passiert. Es ist wichtig!« (Interview, *St, 01.04.2015).

Neben Zeitbanken wurden infolge der Krisenpolitik und der damit verbundenen Prekarisierung breiter Teile der Gesellschaft sogenannte soziale Nachhilfesschulen (*Koinonika Frontistiria*) gegründet (Sotiropoulos/Bourikos 2014: 43). Ins Leben gerufen wurde diese von Lehrer*innen, die Schüler*innen einen kostenlosen Unterricht anbieten (Katerini 2012; Varvarousis/Kallis 2017: 145). Die Lehrer*innen gründeten die sozialen Nachhilfesschulen insbesondere, weil sich viele Eltern infolge der Krise die privaten Nachhilfesschulen (*Frontistiria*),²¹ die vor der Krise von der eindeutigen Mehrheit aller Schüler*innen in Griechenland zur Vorbereitung auf die Hochschuleingangsexamen besucht wurden, nicht mehr leisten konnten (Varvarousis/Kallis 2017: 145).

19 Zur Arbeitsweise von Zeitbanken und Tauschbörsen, die in Griechenland infolge der Krisenpolitik gegründet wurden, siehe Sotiropoulou (2012).

20 Die Internetseite der Nachbarschaftsinitiative *Mesopotamia* ist abrufbar unter: <https://www.mesopotamia.gr>.

21 Vor der Krise nahmen 90 Prozent der Schüler*innen in Griechenland den Nachhilfeunterricht der sogenannten *Frontistiria* in Anspruch (Varvarousis/Kallis 2017: 145).

Neben kostenlosen Bildungsangeboten wurden im Bereich der Nahrungsversorgung ab 2012 Solidaritätsküchen (*Kouzines Allileugis*) gegründet (Backes et al. 2018: 64; Varvarousis/Kallis 2017: 144). Laut Untersuchungen der Sozialwissenschaftlerin Monia Cappuccini (2018: 92) lag die Zahl der Solidaritätsküchen in der Region Attika Ende 2013 bei über 100. Im Gegensatz zu staatlich und kirchlich organisierten Suppenküchen, die es vor der Krise bereits gab, verfügen die selbstorganisierten Solidaritätsküchen über eine Vollversammlung und direktdemokratische Entscheidungsprozesse. Darüber hinaus nehmen viele Hilfesempfänger*innen selbst an der Organisation der Solidaritätsküchen teil (Varvarousis/Kallis 2017: 145; Backes et al. 2018: 64). Eine noch heute bestehende (Stand: 2023) Solidaritätsküche ist *El Chef*. Das Projekt wurde bereits vor dem Beginn der Staatsschuldenkrise von zehn Mitgliedern des selbstorganisierten Sozialzentrums Treffpunkt der Migrant*innen (*Steki Metanaston*)²² im Athener Stadtteil Exarchia gegründet (Cappuccini 2018: 91). Die Mitglieder hatten das Projekt initiiert, um gemeinsam über »Essen und Politik« zu diskutieren und um »praktische Solidarität« zu üben (Saliba 2013). Infolge der Krisenmaßnahmen begannen Mitglieder des Projekts öfter und in größerem Umfang zu kochen. Darüber hinaus kochte *El Chef* seit Beginn der Krise bei Generalstreiks und anderen Protestereignissen (Cappuccini 2018: 91). Im Herbst 2011 versorgten die Mitglieder beispielsweise die streikenden Stahlarbeiter*innen (siehe Kapitel 7) regelmäßig mit Essen. Für gewöhnlich veranstalten die Mitglieder jeden Samstag einen Kochnachmittag im Sozialzentrum.

Eine weitere, noch heute aktive Solidaritätsküche (Stand: 2023) ist Der andere Mensch (*O allos anthropos*)²³. Das Projekt wurde im Dezember 2011 von Konstantinos Polychronopoulos gegründet. Dieser hatte eigenen Aussagen zufolge 2009 seine Arbeit in der Marketingbranche verloren und zwei Jahre vergeblich nach einer neuen Beschäftigung gesucht. Nachdem er keine neue Arbeit gefunden hatte, fasste er den Entschluss, das Projekt zu gründen (O allos Anthropos 2014, 00:00:40-00:00:50). Sein Anliegen war es, Menschen über eine Nahrungsversorgung hinaus zusammenzubringen, um gemeinsam zu essen und sich auszutauschen (O allos Anthropos 2014: 00:01:39-00:01:43). Inzwischen wirken viele Freiwillige in dem Projekt mit. Meist sind sie selbst auf ökonomische Unterstützung angewiesen. Für ihre Arbeit erhalten sie daher kleine Aufwandsentschädigungen aus übriggebliebenen Projektspenden (O allos Anthropos 2012). Die Mitglieder des Projekts kochen sieben Tage pro Woche und versorgen insbesondere marginalisierte Gruppen wie Wohnungslose und Geflüchtete mit Essen.²⁴

Ähnlich wie andere selbstorganisierte Initiativen im Bereich der Nahrungsversorgung waren die Solidaritätsküchen seit 2012 immer wieder von staatlichen Repressionsmaßnahmen betroffen. So versuchte die ND-geführte Regierung in vielen Fällen die Solidaritätsküchen unter dem Vorwand des Verstoßes gegen Hygieneregulungen zu verbieten (Saliba 2013). Aufgrund der staatlichen Repressionsmaßnahmen verfügen die selbst-

22 Die Internetseite des Sozialzentrums ist abrufbar unter: <https://tsamadou13-15.espivblogs.net>.

23 Die Internetseite von *O allos Anthropos* ist abrufbar unter: <http://oallosanthropos.blogspot.com/p/social-kitchen-other-human.html>.

24 2016 kochte das Projekt, das sich eigentlich in Athen befindet, täglich für 2.000 Geflüchtete in einem Geflüchtetenlager auf der Insel Lesbos (Wanshel 2016).

organisierten Solidaritätsinitiativen dem Sozialwissenschaftler *Spy zufolge nur über einen begrenzten Handlungsspielraum, der es den Projekten auf Dauer weder ermöglichen zu überleben, noch eine langfristige Perspektive für eine gesamtgesellschaftliche Transformation zu bieten:

»Es ist eine starke Bewegung, die wir hier in Griechenland kreiert haben. Es ist für mich persönlich nicht genug, weil wenn wir nur diese selbstorganisierten Initiativen haben, ohne die Kontrolle über die zentralen politischen Mechanismen zu übernehmen, dann wird es im besten Fall einige Inseln geben, die zerstört werden. Sie [der Staat, *Anm. d. Verf.*] werden dir nicht erlauben, wirklich etwas auf die Beine zu stellen, etwas wirklich Wichtiges. Sie werden es zerstören, entweder, indem sie dir die Polizei auf den Hals hetzen oder es einfach beenden [...] der Staat wird zum Beispiel eine Steuer einführen [...] wenn du keine Veränderungen auf der zentralen Ebene hast, kannst du nicht viel tun [...] das ist keine Lösung [...] unsere Inseln mitten in der Wüste. Das wird nicht funktionieren« (Interview, *Spy, 17.07.2015).

Neben staatlicher Repression seien die Handlungsspielräume der selbstorganisierten Initiativen Giovanopoulos zufolge aufgrund infolge der Krisenmaßnahmen steigenden Bedarfe vieler Menschen ebenfalls eingeschränkt worden (Giovanopoulos/Kolokotronis 2016). Für die Projekte habe sich daher immer dringender die Frage gestellt, wie der wachsende Bedarf gedeckt werden könnte, ohne dass die Projekte dafür ihre »politischen Merkmale« opfern müssten und ihre Rolle auf die bloßer Wohlfahrtsvereine beschränkt werde (Giovanopoulos/Kolokotronis 2016). Trotz dieser Herausforderungen und der Gefahr der Inselbildung verfügen die Initiativen dem Commons-Forscher *St zufolge über wichtige transformatorische Potentiale. Sie produzieren »neue Formen der Kollaboration, neue soziale Beziehungen und neue Lebensgewohnheiten. Und diese wiederum produzieren ein neues Verständnis für die Lebensbedingungen« (Interview, *St, 01.04.2015).

8.5 Selbstorganisierte Genossenschaften

8.5.1 Von staatlicher Abhängigkeit zu demokratischer Selbstorganisation

Seit Sommer 2011 ist in Griechenland eine Vielzahl selbstorganisierter Genossenschaften gegründet worden (Giovanopoulos/Kolokotronis 2016). Die Genossenschaften decken verschiedene Bereiche ab, von Nahrung und Kultur bis hin zu Bildung, Dienstleistungen und Industrie. Ebenso wie die meisten selbstorganisierten Solidaritätsinitiativen zielt auch ein Großteil der selbstorganisierten Genossenschaften in erster Linie darauf ab, die materiellen und sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung zu decken (Kioupiolis/Karyotis 2016: 151). Dabei schreiben mehrere empirische Studien den Krisenprotesten einen großen Einfluss in Hinblick auf die Formierung selbstorganisierter Genossenschaften zu (Kioupiolis/Karyotis 2016: 153; Varvarousis/Kallis 2017: 136; Temple et al. 2017: 43; Varvarousis/Tsitsirigkos 2019: 24). Mit ihren Debatten und Praktiken hätten die Protestbewegungen zur Herausbildung genossenschaftlicher Aktivitäten beigetragen, die sich

von den Organisierungsformen und Praktiken der traditionellen Genossenschaftsbewegung unterscheiden. Historisch gesehen standen Genossenschaften in Griechenland in großer Abhängigkeit zum griechischen Staat, was die Etablierung einer selbstbestimmten Genossenschaftsbewegung über lange Zeit verhinderte (Patronis/Mavreas 2004; CICOPA 2013: 10; Kioupiolis/Karyotis 2016: 146).²⁵ Dagegen waren selbstorganisierte Genossenschaftsformen bis Ende des 19. Jahrhunderts aufgrund einer »dezentralisierten Verwaltung« (Varvarousis/Tsitsirigkos 2019: 16) sowie einer unzureichenden staatlichen Unterstützung im Sozialbereich weit verbreitet (Nasioulas 2012: 156).²⁶ Die Menschen waren Varvarousis und Tsitsirigkos (2016: 16) zufolge »gezwungen zu lernen, sich selbst zu organisieren und Probleme auf einer kommunalen Ebene zu lösen« – eine Fähigkeit, die für die Entstehung der ersten Genossenschaftsformen sehr wichtig war. Der »Trend zur Selbstorganisation« erfasste dabei viele Bereiche, von Handel bis Produktion, Landwirtschaft, Handwerk, Bergwerk und Schifffahrt (Varvarousis/Tsitsirigkos 2019: 17).

Im 18. Jahrhundert tauchten im Norden Griechenlands erste Bergbaugenossenschaften auf. 1772 entstand im Ort Ampelakia in Zentralgriechenland die vermutlich »erste moderne Genossenschaft« weltweit (Nasioulas 2012: 146). Die Genossenschaft produzierte Nähgarn. Sie hatte einen fünfköpfigen Vorstand, der alle drei Jahre von der Vollversammlung neu gewählt wurde. An der Vollversammlung nahmen alle über 21-Jährigen Bewohner*innen des Ortes teil. 1780 hatte die Genossenschaft bereits 6.000 Mitglieder (Nasioulas 2012: 147). Aufgrund hoher Steuerabgaben löste sich die Genossenschaft von Ampelakia 1812, knapp zehn Jahre vor Beginn des griechischen Unabhängigkeitskrieges (1821–1832), auf. Gleichzeitig entstanden in anderen Orten Griechenlands Genossenschaften. So wurden auf mehreren Inseln Seefahrts- und Schwammtaucher*innengenossenschaften gegründet und gegen Ende des 19. Jahrhunderts entstanden die ersten Genossenschaften in Athen (Nasioulas 2012: 147). Die autonome Entwicklung der Genossenschaften endete in den 1910er Jahren mit der Einführung des ersten Genossenschaftsgesetzes. Zwar entwickelte sich unter dem neuen Gesetz 602/1914 eine breite landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung²⁷ mit über einer halben Millionen Landwirt*innen. Allerdings wurde die Bewegung zu einem Großteil durch die Regierung kontrolliert

25 Von politischen Parteien wurden Genossenschaften in der Vergangenheit oftmals als Mittel zur Einbindung der eigenen Parteiklientel genutzt, wobei es in vielen Fällen schließlich durch die Parteibezogenheit zu »finanziellen Unregelmäßigkeiten« und so zum »Kollaps« der Genossenschaften kam (Petropoulou 2013: 71).

26 Genossenschaften haben in Griechenland eine lange Tradition – »vielleicht die älteste in Europa« (Nasioulas 2012: 156).

27 Über eine halbe Millionen Landwirt*innen waren Teil der Genossenschaftsbewegung (Varvarousis/Tsitsirigkos 2019: 18). 1913 gab es in Griechenland 97 Agrargenossenschaften und 1925 bereits 3.834. Zu Beginn der 1930er Jahre gab es landesweit circa 3.000 Primär- und 85 Sekundärgenossenschaften (CICOPA 2013: 9). Landwirt*innen traten massenhaft Genossenschaften bei, allerdings nicht, weil sie plötzlich »einen großen Sinn für Solidarität« entwickelt hatten oder es als »kollektive Pflicht empfanden«, sondern weil der Beitritt ihnen ökonomische und soziale Vorteile verschaffte (Mazower 2002: 164). Die Mitgliedschaft in einer landwirtschaftlichen Genossenschaft garantierte den Landwirt*innen nämlich Zugang zu Krediten (Patronis/Mavreas 2004: 54).

(Varvarousis/Tsitsirigkos 2019: 18). Wenige Jahre nach der Einführung des ersten Genossenschaftsgesetzes wurden weitere Gesetze implementiert, die den staatlichen Einfluss auf die Agrargenossenschaften vergrößerten und den Handlungsspielraum der genossenschaftlichen Administration einschränkten, was mitunter zu einem Rückgang genossenschaftlicher Aktivitäten führte (Patronis/Mavreas 2004: 55).²⁸ In den Folgejahren intensivierte sich der staatliche Interventionismus und den Genossenschaften blieb nichts anderes übrig, als »Teil eines organisierten Staatskorporatismus zu werden« (Patronis/Mavreas 2004: 55).

Zu Beginn der 2010er Jahre schlug die griechische Genossenschaftsbewegung einen neuen Entwicklungspfad ein. Den Sozialwissenschaftler*innen Kioupkiolis und Karyotis zufolge führten die infolge der Krise entstandenen Proteste und Selbstorganisationsprozesse zu einer grundlegenden Veränderung in der Organisationsweise von Genossenschaften. Diese operierten im Rahmen einer »breiteren Widerstandsbewegung« und zeichneten sich durch selbstorganisierte und solidarische Strukturen aus und standen in »Opposition zu staatlichen Politiken« (Kioupkiolis/Karyotis 2016: 152). Giovanopoulos zufolge erachten die selbstorganisierten Genossenschaften zudem »Selbstverwaltung und Lohngleichheit« als wichtige Werte (Giovanopoulos/Kolokotronis 2016). Materiell und ideell gefördert wird die Gründung selbstorganisierter Genossenschaften durch Initiativen, die ebenfalls selbstorganisiert sind und die auf eine Verbreitung und Verstetigung selbstorganisierter Genossenschaften hinarbeiten. Eine dieser Initiativen ist die Kooperationsinitiative für die Soziale und Solidarische Ökonomie (*Protovoulia Sinergasia gia tin Koinoniki kai Allileugia Oikonomia*, kurz: PROSKALO²⁹). Sie wurde von Genossenschaftsaktivist*innen im Rahmen der Platzproteste in Thessaloniki gegründet. PROSKALO unterstützt die genossenschaftliche Organisation in den Bereichen Wasserversorgung,³⁰ Nahrung, Energie, Abfallwirtschaft und Bildung³¹.

Das Projekt hat circa 30 Mitglieder, die selbst in Genossenschaften organisiert sind. Ideologisch gesehen orientiert sich die Initiative laut den Mitgliedern an dem Genossenschaftsmodell von Mondragon in Spanien und ist zudem von der zapatistischen Bewegung inspiriert (PROSKALO 2011). Entsprechend verfolgt die Initiative das Ziel einer kollektivistischen »Organisierung der Produktion und Wirtschaft«, die in Opposition zum »fehlgeschlagenen Modell des Kapitalismus« steht (PROSKALO 2011). Als ihre Prinzipien

28 Der Anteil von Kreditgenossenschaften stieg zwischen 1922 und 1933 an, während die Zahl von Produktions- und Versorgungsgenossenschaften abnahm (Patronis/Mavreas 2004: 55).

29 Die Internetseite von PROSKALO ist abrufbar unter: <http://proskalo.net>.

30 2011 beteiligte sich PROSKALO an der Gründung der Initiative 136, die gegen die Privatisierung von Wasser und für eine genossenschaftliche Handhabung der Wasserversorgung in Thessaloniki kämpft (Proskalo 2011).

31 Im Februar 2013 gründete PROSKALO die Volkshochschule für soziale Solidarökonomie (*Laiko Panepistimio Koinonikis Allileugias Oikonomias*, kurz: UnivSse Coop) in Thessaloniki (Varvarousis/Kallis 2017: 145). Zu den Mitgliedern zählen Lehrkräfte verschiedener Hochschulen, die auf eine »konstante Interaktion zwischen Theorie und Praxis« hinarbeiten, sowie auf eine Verbreitung von »kritischem Denken« (UnivSse Coop 2013). UnivSse Coop richtet sich an Menschen, die in Genossenschaften aktiv sind und an alle sonstigen Interessierten.

Univ Sse Coop kooperiert mit anderen Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie mit anderen Sses (UnivSse Coop 2013).

nennt die Initiative »Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität« sowie »individuelle und kollektive Freiheiten« (PROSKALO 2011). Auf politischer Ebene kombiniert PROSKALO »repräsentative mit direkter Demokratie« durch einen Prozess der »kollektiven Entscheidungsfindung« (PROSKALO 2011).

Vereinfacht wurde die Gründung selbstorganisierter Genossenschaften allerdings nicht nur durch Initiativen wie PROSKALO, sondern auch durch eine neue Gesetzgebung. Im Rahmen eines Aktionsplans der EK zur EU-weiten Förderung der Sozialökonomie (Fici 2020: 9; Varvarousis/Kallis 2017: 152) führte die griechische Regierung im August 2011 das Gesetz 4019/2011 zu »Sozialökonomie und Sozialunternehmertum« ein (Hellenic Parliament 2011). Das Gesetz ermöglichte erstmals »die institutionelle Anerkennung von Sozialökonomie« in Griechenland (Nasioulas 2012: 159). Im Wesentlichen zielte die Gesetzeseinführung darauf ab, Arbeitsplätze zu schaffen, »vulnerable Gruppen« gesellschaftlich zu integrieren und soziale Bedarfe durch eine »Stärkung des sozialen und solidarischen Unternehmertums« zu decken (Hellenic Parliament 2011). Infolge des neuen Gesetzes wurde ab Sommer 2011 eine Vielzahl sogenannter Sozialgenossenschaftsunternehmen³² (*Koinonikes Sunetairistikis Epichiriseis*, kurz: Koin.Sep.) gegründet (Varvarousis/Tsitsirigkos 2019: 35; Varvarousis/Kallis 2017: 143). Varvarousis und Tsitsirigkos (2019: 37) vermuten einen Zusammenhang zwischen der Einführung des neuen Gesetzes, den Folgen der Krise und einer Intensivierung der Krisenproteste. So seien zum Zeitpunkt der Gesetzeseinführung viele Unternehmen »schwer betroffen« gewesen »von der ökonomischen Krise« (Varvarousis/Tsitsirigkos 2019: 37). Arbeitslosigkeit und Armut haben zudem einen ersten Höhepunkt erreicht.

Darüber hinaus haben die Krisenproteste, insbesondere die Platzproteste, zur Herausbildung »neuer Werte« wie »Solidarität« und »Kooperation« geführt und deren Akteur*innen zudem auf »die Notwendigkeit« hingewiesen, neue Gesetze einzuführen, die es ermöglichen, diese Werte »in der Praxis zu implementieren« (Varvarousis/Tsitsirigkos 2019: 37). Neben dem neuen Gesetz wurde in staatlicher Unterstützung 2012 zudem das Panhellenische Netzwerk zur Unterstützung der Sozial- und Solidarwirtschaft (*Panelladiko Kentro Stirixis Koinonikis kai Allileugias Oikonomias*, kurz: Diktio Koin.Sep.) errichtet. Dessen Ziel ist es, »die Gründung, den Betrieb und die Entwicklung von Sozialgenossenschaftsunternehmen auf lokaler Ebene zu unterstützen« sowie »die Idee der Sozialwirtschaft« durch die Etablierung »dauerhafter Kooperationsnetzwerke« zu verbreiten (Diktio Koin.Sep. 2023). Dabei wird das Netzwerk durch regionale und lokale Vetreter*innen der Zivilgesellschaft unterstützt (Diktio Koin.Sep. 2023).

Seit der Einführung des Gesetzes 4019/2011 wurde eine Vielzahl von Koin.Sep. in Griechenland gegründet. Allerdings handele es sich Giovanopoulos zufolge bei einem Großteil der als Koin.Sep. eingetragenen Unternehmen um NGOs, die nicht unbedingt über direktdemokratische Organisationsformen verfügen. 2015 gab es in Griechenland

32 Gemäß den Maßgaben der ILO sind Sozialgenossenschaftsunternehmen bzw. Sozialgenossenschaften definiert als »autonome Assoziationen von Personen, die sich auf einer Freiwilligenbasis zusammenschließen, um ihren ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen und Zielen nachzukommen durch ein gemeinsam betriebenes demokratisch kontrolliertes Unternehmen« (CICOPA 2013: 8).

circa 700 registrierte Koin.Sep.,³³ die Zahl registrierter selbstorganisierter Genossenschaften lag zwischen 300 und 400 (Giovanopoulos/Kolokotronis 2016).³⁴ Kioupiolis und Karyotis (2016: 153) unterstreichen ebenfalls, dass der Bereich der Solidarökonomie nicht mit dem Feld der Sozialökonomie gleichgesetzt werden dürfe. Letztere komplementiere lediglich als dritter Sektor den Staat. Laut Varvarousis und Tsitsirigkos (2019: 37) zielte das bis 2016 bestehende Gesetz 4019/2011 eben nicht darauf ab die Selbstorganisation, sondern die Sozialökonomie zu fördern. Entsprechend sei ein großer Teil der seit 2011 gegründeten Koin.Sep. darauf fokussiert gewesen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und nicht die von der Platzbewegung produzierten neuen Werte umzusetzen (Varvarousis/Tsitsirigkos 2019: 37). Was die Ausgestaltung des bis 2016 gültigen Gesetzes betrifft, so kritisiert Giovanopoulos zudem, dass das Gesetz 4019/2011 über einen »unzureichenden institutionellen Rahmen« verfügte, der die Gründung von Genossenschaften erschwerte (Giovanopoulos/Kolokotronis 2016; s.a. Nasioulas 2012).

Ein zentrales Problem sei der »Mangel an Förder- und Finanzierungsoptionen« gewesen (Giovanopoulos/Kolokotronis 2016). Zudem seien Berufsgruppen wie Anwält*innen und Bauingenieur*innen, nicht berechtigt gewesen, »innerhalb eines Genossenschaftsschemas zu operieren«, was wiederum viele dazu veranlasst habe, »Genossenschaften mit geringen Investitionen im Dienstleistungssektor zu gründen (Cafés, Tavernen, technische Unterstützung, Lebensmittel)« (Giovanopoulos/Kolokotronis 2016; s.a. Tsomou 2014: 9). Darüber hinaus habe es keine »Vorkehrungen für die soziale Nutzung oder Sozialisierung nicht mehr existierender und verlassener Produktionseinheiten sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor« gegeben (Giovanopoulos/Kolokotronis 2016). Die staatlichen Programme zur Förderung von Koin.Sep. würden somit nicht den hohen Bedarf von Menschen decken, die infolge der Krisenpolitik in die Armut abgerutscht seien (Giovanopoulos/Kolokotronis 2016).

Um diese Herausforderungen zu bewältigen und um die »begrenzte Perspektive auf Sozialökonomie« zu erweitern (Varvarousis/Tsitsiragkos 2019: 37), führte die SYRIZA-geführte Regierung 2016 das Gesetz 4430/2016 zur Förderung der »Sozial- und Solidarökonomie« ein, dass das Gesetz 4019/2011 ersetzte (Nasioulas 2016). Begleitet wurde die Einführung des neuen Gesetzes durch die Errichtung eines dem Arbeitsministerium zugehörigen Sekretariats für Sozial- und Solidarökonomie (Varvarousis/Tsitsirigkos 2019: 39). Noch stärker als das vorherige Gesetz zielt das Gesetz 4430/2016 darauf ab, die Entwicklung der Koin.Sep. zu fördern und deren Tätigkeitsbereiche zu erweitern. Varvarousis und Tsitsirigkos (2019: 38) zufolge liegt ein wesentlicher Fortschritt zudem darin, dass das neue Gesetz die Koin.Sep. als »wichtiges Instrument für eine umfassendere gesellschaftliche Transformation« erachte, während das vorherige Gesetz 4019/2011 die Koin.Sep. lediglich als »komplementären Sektor der Wirtschaft« betrachtet habe. Dem Konzept der Solidarökonomie entsprechend definiert das neue Gesetz die Koin.Sep. als »alternative Organisationsformen« von »Produktion, Verteilung, Konsum und Reinvestition, basierend auf den Prinzipien der Demokratie, Gleichberechtigung, Solidarität,

33 Die Zahl der registrierten Koin.Sep. lag 2012 bei 116. 2016 war ihre Zahl auf 899 angestiegen (Varvarousis/Tsitsirigkos 2019: 52).

34 Ausgeschlossen ist dabei die hohe Zahl informeller Genossenschaften, die 2017 zwischen 300 und 400 lag (Varvarousis et al. 2017: 42).

Zusammenarbeit« (Nasioulas 2016: 7). Gesetzlich sind die Koin.Sep. seit der Einführung des neuen Gesetzes somit zu einer demokratischen Organisation und Arbeitsweise verpflichtet. Das drückt sich durch die Implementierung horizontaler Entscheidungsverfahren und die gleiche Teilhabe aller Mitglieder unabhängig von der Höhe ihrer jeweiligen Genossenschaftsanteile aus (Varvarousis/Tsitsiragkos 2019: 57). Einer 2017 im Auftrag des British Council durchgeführten Studie (Varvarousis et al. 2017: 58) zufolge verfügte ein Großteil der in der Studie untersuchten Koin.Sep. über Merkmale, die den Prinzipien der demokratischen Selbstorganisation entsprechen. Die Studie befragte 251 Koin.Sep. in Griechenland zu ihrer Struktur, darunter 175 registrierte Unternehmen mit legalem Status, 53 nicht-registrierte Unternehmen mit legalem Status sowie 23 informelle Unternehmen. Dabei gaben 81 Prozent der befragten Unternehmen an, dass sie »Entscheidungen durch eine Vollversammlung« fällen (Varvarousis et al. 2017: 52). 42 Prozent der befragten Koin.Sep. hatten zudem das Prinzip der Lohngleichheit implementiert (Varvarousis et al. 2017: 52). 50 Prozent aller befragten Unternehmen gaben zudem an, dass sie einen gesellschaftlichen Wandel anstreben. Diesen beabsichtigten insbesondere die informellen Koin.Sep. (58 Prozent) (Varvarousis et al. 2017: 55).

8.5.2 Agrar- und Konsumgenossenschaften

Seit 2012 ist in Griechenland eine Vielzahl von Genossenschaften in den Bereichen der Agrarwirtschaft und der Nahrungsproduktion und -distribution entstanden (Rakopoulos 2016, 2017; Varvarousis et al. 2017; Backes et al. 2018). Anders als die bereits vor der Krise gegründeten Agrar- und Konsumgenossenschaften³⁵ besitzen viele dieser infolge der Krisenmaßnahmen gegründeten Genossenschaften weder einen rechtlichen Status, noch sind sie offiziell registriert. Das scheint neben rechtlichen Hürden, die insbesondere bis zur Einführung des Gesetzes 4430/2016 bestanden haben, vor allem damit zusammenzuhängen, dass ein Großteil dieser Genossenschaften von Aktivist*innen aus dem Umfeld der A/A-Bewegung und der außerparlamentarischen Linken gegründet wurde (Rakopoulos 2016, 2017:7). Diese lehnen es aus ideologischen Gründen tendenziell ab, dass die von ihnen gegründeten Projekte einen formalen Status haben (Rakopoulos 2016). Die Gründung selbstorganisierter Agrar- und Konsumgenossenschaften steht in direkter Verbindung zu den Krisenmaßnahmen und deren Folgen für die Nahrungsversorgung. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel erschwerte für viele Menschen in Griechenland den Zugang zu Nahrungsmitteln (Chrysopoulos 2015; Backes et al.

35 Genossenschaften im Bereich der Agrarwirtschaft gab es in Griechenland bereits vor der Krise. Besonders verbreitet waren sogenannte Frauengenossenschaften (*Gynaikioi Synetairismoi*) (Tsiomidou 2016), die im Bereich des Agrotourismus aktiv sind (Varvarousis/Tsitsirigkos 2019: 15). Ihre Gründung scheint sich durch rechtliche Hürden sowie durch organisatorische Defizite erschwert zu haben (Lassithiotaki/Roubakou 2014:128-129). So wurden seit 2012 nur wenige neue Frauengenossenschaften gegründet. Im März 2019 gab es landesweit circa 100 Frauengenossenschaften (Varvarousis/Tsitsirigkos 2019: 50). Bei den Frauengenossenschaften handelt es sich um formale Unternehmen, die primär darauf abzielen, Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen zu schaffen (Lassithiotaki/Roubakou 2014; Backes et al. 2018). Der Einblick in mehrere Studien (Lassithiotaki/Roubakou 2014; Backes et al. 2018; Varvarousis/Tsitsirigkos 2019) zeigt, dass die Frauengenossenschaften eher nicht nach den Prinzipien der demokratischen Selbstorganisation operieren.

2018: 44). Insbesondere in der Region Attika, auf der Insel Kreta und in Nordgriechenland verbreitete sich infolge der Krisenmaßnahmen das Phänomen der Lebensmittelsicherheit (Backes et al. 2018: 41). Gleichzeitig hatten auch Lebensmittelerzeuger*innen mit höheren Kosten zu kämpfen. Entsprechend wurden viele Agrar- und Konsumgenossenschaften mit dem Ziel gegründet, faire Lebensmittelpreise für Verbraucher*innen und Produzent*innen zu ermöglichen (Rakopoulos 2013, 2016; Backes et al. 2018). Eine informelle Initiative, die seit 2012 zur Verbreitung dieser Genossenschaften beiträgt, ist die Bewegung ohne Zwischenhändler*innen (*Kinima Choris Mesazontes*)³⁶. *Choris Mesazontes*, wie die Bewegung von ihren Mitgliedern genannt wird, ist dem eigenen Selbstverständnis zufolge eine »selbstorganisierte Bewegung von Bürger*innen und Produzent*innen landwirtschaftlicher Produkte«, die darauf abzielt, Produkte direkt an die Verbraucher*innen zu bringen (Syn-Kinisi 2013). Unter dem Dach von *Choris Mesazontes* sind verschiedene Initiativen organisiert, die über eine faire Lebensmitteldistribution hinaus Menschen dabei unterstützen möchten, durch »Selbstorganisation« ein neues Konsumbewusstsein zu erlangen und sich aus der Abhängigkeit profitorientierter Unternehmen zu befreien (Syn-Kinisi 2013).

Choris Mesazontes entstand im Februar 2012 in Nordgriechenland, als Aktivist*innen aus dem Umfeld der A/A-Bewegung auf ihrem Weg nach Thessaloniki auf Landwirt*innen getroffen waren, die sich gerade in einem Protest gegen die hohen Einkaufspreise von Zwischenhändler*innen befanden. Die Landwirt*innen hatten bereits damit begonnen, ihre Kartoffeln kostenlos auf der Straße zu verteilen, als sie von den Aktivist*innen in den Heimatort der Aktivist*innen eingeladen wurden. Die Aktivist*innen schlugen den Landwirt*innen vor, dass diese ihre Kartoffeln dort direkt an die Einwohner*innen verkaufen können (Saliba 2013). Das Ergebnis dieser Begegnung war die Gründung einer selbstorganisierten Initiative zum direkten Verkauf von Kartoffeln (Saliba 2013; Backes et al. 2018: 64). Die zunächst als »Kartoffelbewegung« (Saliba 2013; Backes et al. 2018: 66) bekannt gewordene Initiative breitete sich wenig später im ganzen Land aus und beschränkte sich schon bald nicht mehr nur auf den Handel mit Kartoffeln, sondern umfasste auch andere landwirtschaftliche Produkte (Syn-Kinisi 2013; Varvarousis/Kallis 2017: 144; Backes et al. 2018: 64).

Im Norden Griechenlands, wo die Bewegung besonders verbreitet ist,³⁷ lag die Zahl sogenannter Märkte ohne Zwischenhändler*innen (*Laikes Choris Mesazontes*) 2017 bei 121 (Backes et al. 2018: 72). Aber auch in Athen stieg die Zahl der Märkte ohne Zwischenhändler*innen ab 2012 rasant an. 2014 gab es in Athen 47 von ihnen (Saliba 2013). Einer dieser Märkte wird in Kapitel 10 dieser Arbeit als Fallstudie untersucht.

Die Märkte ohne Zwischenhändler*innen finden in der Regel einmal pro Woche statt. Einer Studie von Backes et al. (2018: 66) zufolge sind die Produkte der Märkte ohne Zwischenhändler*innen für gewöhnlich 20 bis 50 Prozent günstiger als im Supermarkt. Zwei bis fünf Prozent ihrer Produkte spenden die Landwirt*innen zudem an einkommensschwache Familien. Die Märkte ohne Zwischenhändler*innen sind selbstorganisiert und operieren durch Vollversammlungen, die allen offenstehen und in

36 Die Internetseite der Bewegung *Choris Mesazontes* ist abrufbar unter: <https://www.syn-kinesis.gr>.

37 Allein in Thessaloniki gab es im zweiten Halbjahr 2013 zehn Märkte ohne Zwischenhändler*innen, die in regelmäßigen Abständen stattfanden (Rakopoulos 2016).

denen alle gemeinsam per Konsensprinzip Entscheidungen treffen. Aufgrund eben dieser Merkmale hätten die Märkte das Potential, über eine faire Lebensmitteldistribution hinaus den Weg hin zu einer anderen Form der »Nahrungspolitik« zu weisen (Backes et al. 2018: 66). Diese basiere auf »den Prinzipien der direkten Demokratie, Selbstorganisation, Kooperation, Sozialen und Solidarischen Ökonomie« als »Vehikel für den Übergang« zu einer anderen Form der »Produktion, Distribution und des Konsums« (Backes et al. 2018: 65).

Zur Bewegung ohne Zwischenhändler*innen gehören neben den informellen Märkten ohne Zwischenhändler*innen auch formelle selbstorganisierte Agrar- und Konsumgenossenschaften. Eine davon ist die 2011 gegründete Soziale Konsumgenossenschaft von Thessaloniki (*Koinonikos Katanalotikos Sunterismos Thessalonikis*, kurz: Bios Coop³⁸). Die Initiator*innen sind ebenfalls Mitglieder von PROSKALO (siehe Abschnitt 8.5.1). Initiiert wurde das Projekt mit dem Ziel, die Nahrungsversorgung selbst zu organisieren und sich gegen die Ausbeutung der Zwischenhändler*innen sowie gegen hohe Lebensmittelpreise zu wehren (Bios Coop 2023). Bios Coop hat aktuell 440 Mitglieder (Stand: 2023), darunter viele Frauen. Die Produkte, die Bios Coop verkauft, bezieht das Projekt von über 400 lokalen Produzent*innen, darunter vor allem kleine landwirtschaftliche Genossenschaften, die ebenfalls Teil der Bewegung ohne Zwischenhändler*innen sind.

Bios Coop legt eigenen Beschreibungen zufolge Wert auf »Nachhaltigkeit«, »Ökologie« und »niedrige Preise« (Bios Coop 2023). Sich selbst hat das Projekt den Prinzipien des »Kollektivismus«, der »direkten Demokratie« und der »Sozial- und Solidarökonomie« verpflichtet (Bios Coop 2023). Entsprechend ist das Projekt über eine Vollversammlung organisiert, die regelmäßig tagt. Eine Mitgliedschaft in der Genossenschaft steht allen offen (Bios Coop 2023). Die Agrargenossenschaften mit denen Bios Coop und andere Konsumgenossenschaften kooperieren, entstanden teilweise infolge der Landflucht, die in Griechenland seit der Krise zugenommen hat (Backes et al. 2018: 48). Insbesondere junge Menschen, die ihre Arbeit verloren und ihren Unterhalt nicht mehr bestreiten konnten, haben die Großstädte verlassen, um auf dem Land neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden. Schätzungen zufolge sind bereits zwischen 2008 und 2011 knapp 17.000 Menschen von der Stadt aufs Land gezogen (Backes et al. 2018: 48). Der Sozialwissenschaftler *Spy, der seine Lebensmittel fast nur noch über Konsumgenossenschaften kauft, erzählt, dass viele ehemalige erwerbslose Großstädter*innen kleine landwirtschaftliche Genossenschaften auf dem Land gegründet haben:

»Menschen finden keine Arbeit in der Stadt. Also fliehen sie auf die Felder ihrer Großväter und fangen an, sehr gute Produkte zu kreieren. Es ist eine wirklich lebendige Bewegung in Griechenland; kleine landwirtschaftliche Kooperativen und Netzwerke zur Distribution zu kreieren. Diese Dinge existierten vor einigen Jahren noch nicht und jetzt sind sie dynamisch in Thessaloniki. In den letzten Jahren gehe ich sehr selten in den Supermarkt. Ich kann alles, was ich brauche durch Kanäle von Produzent*innen finden. In Thessaloniki und in Athen gibt es viele und in anderen Orten. Es gibt viele Läden oder Märkte ohne Zwischenhändler*innen, all das und ich versuche, nicht einen einzigen Euro an Supermärkte auszugeben« (Interview, *Spy, 17.07.2015).

38 Die Internetseite der Konsumgenossenschaft ist abrufbar unter: www.bioscoop.gr/.

Während die formellen Konsumgenossenschaften zu einem Großteil heute noch bestehen, haben die informellen Märkte ohne Zwischenhändler*innen ihre Aktivitäten seit Ende 2013 verringert. Auch die Zahl der Märkte hat insgesamt abgenommen (Rakopoulos 2016). Dies hängt damit zusammen, dass die ND-geführte Regierung die Veranstalter*innen der »Squat-Märkte« (Rakopoulos 2016) strafrechtlich verfolgte (Rakopoulos 2016; Backes et al. 2018: 64). Auf Drängen der Vereinigung der formellen Wochenmärkte wurden gegen viele informelle Märkte Bußgelder verhängt (Rakopoulos 2016; Backes et al. 2018: 64). 2014 führte die Regierung zudem das Gesetz 6264/2014 ein,³⁹ das den Verkauf ohne Zwischenhandel zusätzlich erschwert hat (Varvarousis/Kallis 2017: 151; Backes et al. 2018: 67). In Reaktion auf die Einführung des neuen Gesetzes forderten mehrere mit den Märkten ohne Zwischenhändler*innen in Verbindung stehende Bürger*inneninitiativen, dass die Aktivitäten der Märkte legalisiert werden sollen (Syn-Kinisi 2016). Ein weiterer Grund für die Verringerung der Aktivitäten sei Rakopoulos (2016) zufolge die Erschöpfung der Projektinitiator*innen. So waren viele Aktivist*innen enttäuscht davon, dass die Landwirt*innen ihnen die Organisation der Märkte überlassen hatten. Insbesondere seit der Regierungsübernahme durch SYRIZA ist die Bewegung ohne Zwischenhändler*innen zudem »in eine Phase des Winterschlafs eingetreten« (Rakopoulos 2016). Viele der Aktivist*innen erhofften sich von der neuen Regierung, dass sie günstigere Rahmenbedingungen für die Aktivitäten der informellen Genossenschaften schafft. Stattdessen führte die Regierung rechtliche Rahmenbedingungen ein, die die Gründung von offiziellen Genossenschaften erleichtert haben. Einige Genossenschaftsaktivist*innen befürchteten darauf hin, dass die selbstorganisierten Genossenschaften durch die Regierung kooptiert werden könnten (Rakopoulos 2016). Tatsächlich sank die Zahl der informellen Märkte seit dem Regierungswechsel. Parallel dazu gingen einige Kommunen dazu über, Märkte ohne Zwischenhändler*innen zu organisieren. In diesem Sinne stellte die SYRIZA-geführte Regierung Rakopoulos (2016) zufolge »ein unerwartetes Hindernis für die Entwicklung« des selbstorganisierten Genossenschaftswesens dar.

8.5.3 Arbeiter*innengenossenschaften

Seit 2012 sind in Griechenland viele sogenannte Arbeiter*innengenossenschaften (*Synaiterismos Ergazomenon*) (Nasioulas 2016: 9) gegründet worden. Laut der Studie von Varvarousis und Tsitsirigkos (2017: 143) gab es 2014 landesweit circa 150 Arbeiter*innengenossenschaften, wobei sich nur 100 von ihnen durch das Prinzip der »demokratischen Selbstverwaltung« auszeichneten. Zwischen 2014 und 2015 nahm die Zahl der Arbeiter*innengenossenschaften stark zu. Sie lag 2015 landesweit bei 415 (Varvarousis/Kallis 2017: 143). Ebenso wie andere Koin.Sep. dienen die Arbeiter*innengenossenschaften per Gesetzesdefinition primär dem Zweck, Produkte und Dienstleistungen zu erbringen sowie Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen (Diktio Koin.Sep. 2016).

39 Das Gesetz 6264/2014 wurde im Mai 2014 verabschiedet. Das Gesetz verbietet »den mobilen Handel in der Nähe von Geschäften mit ähnlichen Produkten und in Gemeinden mit mehr als 3.000 Einwohner*innen« und schreibt eine von der Gemeindeverwaltung ausgestellte Genehmigung für mobilen Handel vor (Backes et al. 2018: 67).

Seit der Einführung des Gesetzes 4430/2016 sind Arbeiter*innengenossenschaften eine eigene Rechtsform.⁴⁰ Ein Blick auf die als Arbeiter*innengenossenschaften registrierten Unternehmen lässt darauf schließen, dass sie sich von anderen Koin.Sep. insbesondere darin unterscheiden, dass sie ihren Mitgliedern als Arbeitsplatz dienen. So handelt es sich bei dem Großteil der Arbeiter*innengenossenschaften um Cafés, Restaurants, Verlagshäuser und Kurierdienste (Varvarousis/Kallis 2017: 143). Aus Betriebsstreiks und -besetzungen gingen zudem die landesweit einzige selbstverwaltete Genossenschaftszeitung und die landesweit einzige selbstverwaltete Fabrik⁴¹ hervor. Beide Projekte werden in Kapitel 10 dieser Arbeit als Fallstudien untersucht.

In Athen sind die selbstorganisierten Arbeiter*innengenossenschaften über die selbstorganisierte Initiative Vernetzung von Kooperationsunternehmen Athens (*Diktiosi Sinergatikon Enchirimaton Athinas*⁴²) miteinander vernetzt. Die Initiative wurde 2012 von Mitgliedern selbstorganisierter Arbeiter*innengenossenschaften gegründet. Die Mitglieder der Initiative bezeichnen die Arbeiter*innengenossenschaften als Kollektive (*kolektives*).⁴³ Wie die Mitglieder der Kollektive auf ihrer Internetseite schreiben, waren viele von ihnen vor der Gründung der Kollektive »arbeitslos« oder befanden sich »in prekären Beschäftigungsverhältnissen« (Kolektives 2023). Die Mitglieder entschlossen sich allerdings nicht nur aufgrund der Arbeitslosigkeit zur Gründung von Genossenschaften, sondern auch, um »eine andere Arbeitsweise auszuprobieren, kollektiv, mit respektvollen und solidarischen Beziehungen« (Kolektives 2023). Ihr »Hauptziel« sei »die Beseitigung von Hierarchien und Ungleichheiten« (Kolektives 2023). Es gibt in den Kollektiven keine »Eigentümer*innen und Chef*innen«, sondern »gleichberechtigte Beziehungen sowohl in der Arbeitsorganisation als auch in der Entscheidungsfindung« (Kolektives 2023). Die Entlohnung in den Kollektiven »erfolgt nach dem Grundsatz »gleicher Lohn für gleiche Arbeit«, unabhängig von jenen Parametern, die im kapitalistischen

40 Bis 2016 waren Arbeiter*innengenossenschaften keine eigene Rechtsform, sondern in die Kategorie der Sozialgenossenschaftsunternehmen allgemein integriert. Dies änderte sich mit der Einführung des neuen Gesetzes 4430/2016 (Nasioulas 2016: 9).

41 Darüber hinaus gibt es nur wenige historische Beispiele, in denen griechische Arbeiter*innen die Selbstverwaltung von Fabriken übernommen haben. Im November 1981 übernahmen 23 Arbeiter*innen des Unternehmens *Pantelimidis* in Thessaloniki in Kooperation mit der lokalen Kommune und der Gewerkschaft für Metallarbeiter*innen die Kontrolle über die Produktion in einer Fabrik. Die Arbeiter*innen operierten durch eine Vollversammlung und ein Koordinierungskomitee, bestehend aus drei gewählten und jederzeit absetzbaren Mitgliedern. Innerhalb weniger Monate gelang es den Arbeiter*innen, die Produktivität um 100 Prozent zu erhöhen, die Löhne zu erhöhen und die Arbeitszeiten zu reduzieren (Kioupiolis/Karyotis 2016: 147–148). 1983 übernahmen Arbeiter*innen der Textilfabrik *Koulistanidis* in Thessaloniki die Produktion in der Fabrik, nachdem der aufgrund von Schulden die Schließung drohte. Dabei verzichteten die Textilarbeiter*innen auf die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und lehnten die Gründung einer eigenen Gewerkschaft ab. Sie bevorzugten es, selbstorganisiert und ohne formale Strukturen zu operieren (Kioupiolis/Karyotis 2016: 148–149).

42 Die Internetseite der Vernetzungsstelle ist abrufbar unter: <https://kolektives.org>.

43 Wie der Einblick in den Internetauftritt der Vernetzungsstelle zeigt, scheinen die Mitglieder dieser Selbstbeschreibung unterstreichen zu wollen, dass ihre Genossenschaften einer kollektiven Form der Eigentümer*innenschaft unterliegen.

Arbeitsumfeld den Lohn bestimmen, wie Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, Verantwortlichkeiten« (Kolektives 2023). Sich selbst betrachten die Mitglieder als »Arbeiter*innen« und nicht als »Eigentümer*innen« (Kolektives 2023).

Die Mitglieder sind alle gleichberechtigt. In den Kollektiven werden »keine Lohnabhängigen« beschäftigt (Kolektives 2023). Zudem sind die Kollektive nicht profitorientiert. Gewinnüberschüsse fließen in die Finanzierung »selbstorganisierter Strukturen und Bewegungen« (Kolektives 2023). Die Mitglieder der Kollektive streben nach »einer anderen Welt«, die »auf Gleichheit und Solidarität« basiert und in die »alle reinpassen, unabhängig von Nationalität, Geschlecht, sexueller Orientierung, Hautfarbe und Kultur« (Kolektives 2023). Daher tolerieren sie keine »rassistischen, sexistischen, nationalistischen oder neonazistischen Einstellungen oder Meinungen« (Kolektives 2023). Darüber hinaus streben die Kollektive nach »einem hohen Maß an Autonomie von staatlichen, parteilichen oder anderen institutionellen Abhängigkeiten« (Kolektives 2023). Einige der selbstorganisierten Arbeiter*innengenossenschaften entstanden bereits infolge der Dezemberbewegung 2008 (Giovanopoulos/Kolokotronis 2016), so z.B. das Café *Pagkaki*⁴⁴ in Athen (Pagkaki 2011). Mitglieder von *Pagkaki* nahmen an den Dezemberprotesten 2008 teil und gründeten anschließend das Projekt *Sporos*, eine Genossenschaft für fairen und solidarischen Handel (Pagkaki 2011). Wie die Mitglieder auf ihrer Internetseite schreiben, entstammte die Idee zur Gründung von *Pagkaki* dem Bedürfnis »eine andere Form von Arbeit« zu erproben (Pagkaki 2011). Wie aus der Satzung eines anderen kollektiv geführten Cafés hervorgeht, funktionieren alle genossenschaftlich geführten Cafés in Griechenland nach den Prinzipien der Solidarität, Kollektivität und politischen Gleichheit (Youkali 2013). Alle Cafés sind landesweit miteinander vernetzt und nehmen einmal pro Monat an einer regionalen Versammlung teil. Zudem sind alle Cafés über eigene Vollversammlungen organisiert. Dabei treffen sich die Mitglieder einzelner Cafés für gewöhnlich einmal pro Woche, um insbesondere organisatorische Anliegen zu besprechen, aber auch, um interne Konflikte zu lösen. Die Mitglieder sind gemäß interner Satzung dazu verpflichtet, regelmäßig an den Versammlungen teilzunehmen.

Alle Mitglieder haben das gleiche Stimmrecht. Entscheidungen werden in der Vollversammlung möglichst per Konsensprinzip gefällt (Youkali 2013). Eine finanzielle Unterstützung durch den Staat, die EU oder Privatunternehmen lehnen die Cafés ab. Auf eine strikte Arbeitsteilung wird verzichtet; alle machen alles, von Reinigungsarbeiten bis hin zum Thekendienst, der Administration und der Renovierung der Räumlichkeiten. Alle Kollektiv-Cafés beteiligen sich an gesellschaftlichen Aktivitäten außerhalb des Arbeitsplatzes. Die Mitglieder nehmen an Generalstreiks und anderen Protestaktionen teil und kooperieren alle mit der zapatistischen Bewegung, die sie durch Solidaritätsspenden unterstützen. Gewinnüberschüsse gehen nicht an die Mitglieder zurück, sondern fließen in die Unterstützung gesellschaftlicher Kämpfe. Die in den Cafés verwendeten Nahrungsmittel beziehen die Mitglieder aus dem solidarischen Handel, möglichst von Kleinproduzent*innen und möglichst Bio-Produkte. Der direkte Handel ermöglicht es dabei, faire Preise anzubieten (Youkali 2013).

Die meisten Kollektiv-Cafés in Griechenland erwiesen sich als kleine Erfolgsmodelle in der Krise. Für viele Menschen boten die Cafés vor allem einen kollektiven Ausweg

44 Die Internetseite des Kollektiv-Cafés ist abrufbar unter: <https://pagkaki.org>.

aus der Arbeitslosigkeit, so auch im Falle des 2013 in Athen gegründeten Cafés *Youkali*.⁴⁵ Wie ein Mitglied erzählt, waren sechs von sieben Mitgliedern zum Zeitpunkt der Gründung arbeitslos (Informelles Gespräch, *Ko, 07.03.2013). Neben der Arbeitslosigkeit sei der Wunsch nach einer anderen Arbeit ein weiteres Motiv für die Gründung des Projekts gewesen (Informelles Gespräch, *Ko, 07.03.2013). Wie in allen anderen kollektiv geführten Cafés in Griechenland erhalten die Mitglieder von *Youkali* alle den gleichen Lohn. Darüber hinaus ersetzen die Mitglieder aus ihren eigenen Einnahmen Sozialleistungen, die es in den meisten Unternehmen in Griechenland seit der Staatsschuldenkrise nicht mehr gibt, wie Urlaubsgeld, Elterngeld und Krankengeld (Youkali 2013). Neue Mitglieder unterliegen einer Probezeit von drei bis fünf Monaten. Erwünscht sei dabei, dass neue Mitglieder dem Projekt, nicht allein aufgrund ökonomischer Anreize, sondern aus ideologischer Überzeugung beitreten. Zudem sei laut Satzung vorgesehen, dass sich alle Mitglieder des Projekts gesellschaftlich engagieren (Informelles Gespräch, *Ko, 07.03.2013). Ausgeschlossen werden kann ein Mitglied in der Regel nur, wenn es gegen die Satzung verstößt oder Gewalt gegen andere Mitglieder angewendet hat. Eine Mitgliedschaft ist wie bei allen anderen Kollektiv-Cafés nicht übertragbar (Youkali 2013).

8.6 Initiativen jenseits demokratischer Selbstorganisation

8.6.1 Staatliche Initiativen, Kirchen und NGOs

Neben Formen demokratischer Selbstorganisation sind infolge der Krisenpolitik zahlreiche staatliche Initiativen sowie Unterstützungsangebote von NGOs, kirchlichen Organisationen und Privatunternehmen entstanden. Diese Unterstützungsangebote hierarchisch organisierter Institutionen zielen, wie mehrere Autor*innen hervorheben, nicht darauf ab, solidarische und partizipative Strukturen zu schaffen, sondern die Defizite der staatlichen Dienstleistungen auszugleichen (Sotiropoulos/Bourikos 2014; Kousis et.al. 2016: 51; Varvarousis/Kallis 2017: 131; Backes et al. 2018: 56). Ein bekanntes Beispiel einer solchen *top-down*-Initiative ist das 2012 von der NGO *Prolepsis* in Kooperation mit der privatfinanzierten Stavros Niarchos Stiftung gegründete landesweite Hilfsprogramm »*Diatrofi*«. Das Programm verteilt kostenlose Mittagessen in Schulen (Prolepsis 2018). Auf den wachsenden Bedarf an Nahrungsmitteln reagierten Kirchen und Gemeinden zudem mit der Verteilung von Lebensmittelpaketen an einkommensschwache Familien. Seit 2014 ist der Anteil von Privathaushalten, die auf derartige Unterstützungspakete zurückgreifen müssen, gestiegen. Backes et al. (2018: 60) vermuten, dass das damit zusammenhängt, dass an Haushalte gelieferte Hilfspakete von vielen Menschen als weniger stigmatisierend wahrgenommen werden als Suppenküchen, die von den Menschen selbst aufgesucht werden müssen.

45 Die Internetseite von *Youkali* findet sich unter: <http://youkalicafe.blogspot.com>.

8.6.2 Neonazistische Initiativen

Nach ihrem Parlamentseintritt im Juni 2012 gründete die rechtsextreme CA verschiedene Hilfsangebote, die sich explizit nur an Griech*innen richteten (Katerini 2012; Backes et al. 2018: 73). Zunächst organisierte die CA Suppenküchen. Im Dezember 2012 erweiterte sie ihre Unterstützungsangebote auf die Bereiche Gesundheit und Arbeit. 2012 gründete die CA die aus rechtsextremen Ärzt*innen bestehende Initiative »Ärzte mit Grenzen« (To Pontiki 2012), die ihre medizinische Versorgung, ebenso wie alle anderen Hilfsangebote, nur Griech*innen zur Verfügung stellte. Durch Interventionen in Schulen versuchte die CA ideologischen Einfluss auf griechische Schüler*innen zu gewinnen (Katerini 2012). KKE-Mitglied *Ar erzählt zudem, wie die CA Unternehmen dazu aufgefordert hat, Beschäftigte mit Migrationshintergrund zu entlassen und stattdessen Griech*innen einzustellen (Interview, *Ar, 13.02.2013). Die PAME und die KKE organisierten daraufhin Aktionen, um sich gegen die rassistischen Angriffe der CA zu wehren:

»Wir organisieren Gewerkschaftsblöcke, wir stimmen in Vollversammlungen dafür ab, *Chrysi Avgi* rauszuschmeißen, wenn sie in die Arbeitsplätze kommen; sie zu verbannen. Wir machen Aktionen in den Städten mit den Gewerkschaften und den Arbeiter*innen. Mit den Volkskomitees informieren wir Menschen, was sie tun werden und wie sie es tun werden und sagen: »Sie werden euch wie ein Stück Fleisch verkaufen. Sie interessieren sich nicht für euch« (Interview, *Ar, 13.02.2013).

8.6.3 Autarke Öko-Dörfer

Neben selbstorganisierten Agrargenossenschaften, die auf eine alternative Form der Lebensmitteldistribution hinarbeiten, sind in Griechenland seit 2008 viele sogenannte »Öko-Dörfer«⁴⁶ entstanden. Laut Backes et al. (2018: 72) lag ihre Zahl 2017 landesweit bei 79. Der Einblick in die Internetauftritte zeigt, dass fast alle Öko-Dörfer nicht nach den Prinzipien der demokratischen Selbstorganisation funktionieren, sondern eher wie Work-and-Travel-Programme. Darüber hinaus nennen die Projekte Nachhaltigkeit und Autarkie als zentrale Werte. Die Projekte finanzieren sich u.a. durch Crowdfunding-Kampagnen, eigene Einnahmen sowie durch die finanzielle Unterstützung von EU-Programmen. Für Besucher*innen bieten die Ökodörfer gebührenpflichtige Seminare zu Themen wie Botanik, Kampfsport, Yoga und Landwirtschaft an. Ehrenamtliche werden teilweise über Internetseiten wie workaway.info rekrutiert. Eines der ersten Ökodörfer ist das 2010 von drei Freund*innen gegründete *Free&Real*,⁴⁷ dem sich bald weitere Menschen mit ähnlichen Vorstellungen von einem ökologisch nachhaltigen Leben angeschlossen haben, darunter Landwirt*innen und Botaniker*innen (Apostolou 2013). Die Initiator*innen gründeten das Projekt eigenen Aussagen zufolge nicht aus der sozialen Not heraus. Alle Mitglieder befanden sich zum Zeitpunkt der Gründung in gutbezahlten Anstellungen. Vielmehr habe bei den Mitgliedern infolge der Krise ein

46 Eine Liste der Öko-Dörfer in Griechenland findet sich auf der Internetseite von *Global Ecovillage Network* unter: <https://ecovillage.org>.

47 Die Internetseite von *Free&Real* ist abrufbar unter: www.freeandreal.org/.

Umdenken stattgefunden. Die Krise beschreiben sie als etwas, das sie nicht tangiert, da ihr Leben in dem Projekt abseits der Großstädte geschehe. Ähnlich wie in anderen Ökodörfern handelt es sich bei den Freiwilligen, die *Free&Real* aufsuchen, überwiegend um Akademiker*innen, die eine Auszeit vom Großstadtleben suchen (Greek Reporter 2017: 00:02:45–00:03:00).

Ein Projekt, das sich von den meisten Ökodörfern darin unterscheidet, dass die Gründer*innen einen direkten Bezug zu den Krisenprotesten haben, ist das 2012 gegründete Ökodorf *Spithari Waking Life* in der Region Marathonas, etwas außerhalb von Athen. Die Projektinitiator*innen haben an den Platzprotesten 2011 teilgenommen und sich an Debatten zu Nachhaltigkeit und Ökologie beteiligt (Varvarousis/Kallis 2017: 136). Der Blick auf die Facebook-Seite des Projekts⁴⁸ zeigt, dass das Projekt selbstorganisiert ist, sich kritisch mit der Krisenpolitik auseinandersetzt und sich mit gesellschaftlichen Kämpfen solidarisiert.

8.7 Antifaschistische und antirassistische Proteste

Wie in Abschnitt 8.3 bereits beschrieben, verloren die Krisenproteste ab Sommer 2012 an Umfang und Reichweite. Trotzdem gab es weiterhin themenspezifische Proteste mit hoher gesellschaftlicher Relevanz. Dazu gehörten antifaschistische und antirassistische Mobilisierungen. Sie waren eine Reaktion auf die zunehmende rechtsextreme Gewalt der CA (Dalakoglou 2013: 286). Mitglieder der Antifaschistischen Front Athen (*Antifasistiko Metopo Athina*), die ihre Proteste gegen die von der CA verübten Angriffe gegen Migrant*innen nicht auf Demonstrationen beschränken wollten, gründeten im Herbst 2012 die Antifaschistische Motorradpatrouille Athen (*Antifasistiki Motoporeia Athina*) (Katalipsi Vox 2012). Diese durchquerte ab September 2012 regelmäßig Athener Nachbarschaften mit einem hohen Anteil von Migrant*innen, um sie vor Angriffen durch die CA zu schützen.⁴⁹ In der Nachbarschaft Agios Pantelimonas in Athen, in der bereits seit 2009 regelmäßig Angriffe auf Migrant*innen stattgefunden hatten (Dalakoglou 2013: 286–287), kam es am 30. September 2012 zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Mitgliedern der Antifaschistischen Patrouille und Mitgliedern der CA. In deren Anschluss wurden 15 Patrouillen-Mitglieder festgenommen und auf der Polizeiwache von der Polizei physisch misshandelt und sexuell erniedrigt (Margaronis 2012; Dalakoglou 2013: 288). Demonstrationen gegen die rechtsextreme Gewalt nahmen anschließend zu. Insbesondere seit der Ermordung des griechischen Antifaschisten Pavlos Fyssas am 18. September 2013 durch ein Mitglied der CA erhöhte sich die gesellschaftliche Partizipation an antirassistischen und antifaschistischen Protesten (Schulz 2013). Die hohe Beteiligung an Protesten schien die griechische Regierung unter Druck zu setzen, juristisch härter gegen die CA vorzugehen.

Nach einem siebenjährigen Prozess wurden am 7. Oktober 2020 schließlich 68 angeklagte Mitglieder der CA für Mord, Körperverletzung und der »Mitgliedschaft in einer

48 Die Facebookseite von *Spithari Waking Life* ist abrufbar unter: <https://www.facebook.com/spithari.wakinglife>.

49 Ein Video der Patrouille findet sich unter: Katalipsi Vox (2012).

kriminellen Vereinigung« verurteilt (Hermann 2020). Gegen die Parteiführung wurde eine dreizehnjährige Haftstrafe verhängt (Schmid 2020). Seit 2019 ist die CA nicht mehr im griechischen Parlament vertreten, allerdings sitzt sie im Europaparlament sowie in regionalen Parlamenten und Stadträten (Aswestopoulos 2020).

8.8 Besetzung und Selbstverwaltung von ERT

Während der Regierungsperiode der ND (2012–2015) gab es nur wenige Protestereignisse, die über ein Jahr dauerten, eine breite Solidarität innerhalb der Bevölkerung erfahren haben und ihre Forderungen gegenüber der Regierung durchsetzen konnten. Neben dem im Mai 2014 begonnenen Protest von 595 Reinigungskräften des Finanzministeriums⁵⁰ (Aswestopoulos 2014) gehörte dazu der im Juni 2013 begonnene Protest von Mitarbeiter*innen des öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radiosenders ERT. Am 11. Juni 2013 stellte die griechische Regierung buchstäblich über Nacht den Sendebetrieb ein (Petrrou 2013: 167). Infolge der Krisenmaßnahmen waren zu diesem Zeitpunkt bereits um die 1.500 Stellen im Sender abgebaut worden (Völpel/Batzoglou 2013). Nun sollten mit der Schließung des Senders auch die übrigen 2.656 Mitarbeiter*innen, darunter etwa 650 Journalist*innen, entlassen werden (Völpel/Batzoglou 2013). Für die griechische Regierung bot die Schließung von ERT die Möglichkeit, auf einen Schlag mehrere Tausend Beschäftigte zu entlassen, um so die Vorgaben der Troika zu erfüllen. Diese forderte, dass bis Juni 2013 weitere 2.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst in die Arbeitsreserve entlassen werden (Petrrou 2013: 166). Gregor Kritidis (2014: 143) vermutet zudem, dass die Regierung ein Interesse daran hatte, »den öffentlichen Rundfunk zugunsten der privaten Sender zu schwächen und widerständiges Verhalten der Beschäftigten zu brechen«. So seien beispielsweise die beiden ERT-Journalist*innen Kostas Arvanitis und Marilena Katsimi »auf Betreiben des Ministeriums« suspendiert worden, weil sie in ihrer Sendung über den polizeilichen Missbrauch von Antifa-Mitgliedern der Motorradpatrouille berichtet hatten (Kritidis 2014: 143).

Noch in derselben Nacht, in der die Schließung von ERT erfolgte, besetzten die Beschäftigten das Hauptgebäude in Athen sowie weitere Zweigstellen in anderen Städten, um ihre Formate »selbstorganisiert« weiterzusenden (Kritidis 2014: 143).⁵¹ Die Besetzer*innen errichteten »Streikposten« und baten die Bevölkerung um die Unterstützung ihres Protests (Petrrou 2013: 167). Entgegen den Erwartungen der griechischen Regierung, dass die Bevölkerung sich mit dem »als Ort der Verschwendung« (Petrrou 2013: 167) diffamierten Sender nicht solidarisieren würde, strömten in der Nacht des 11. Juni 2013 »tausende von Menschen« zum ERT-Gelände, um die polizeiliche Räumung des Gebäudes zu

50 Im Rahmen der Krisenmaßnahmen beschloss die Regierung im September 2013 über Nacht 595 beim Finanzministerium angestellte Reinigungskräfte zu entlassen. Im Mai 2014 errichteten die Reinigungskräfte, unter denen sich nur Frauen befanden, vor dem Finanzministerium ein Protestcamp. Dieses bestand über ein Jahr (Stefan 2015: 51–52). 2015 stellte die SYRIZA-geführte Regierung die Reinigungskräfte wieder ein (Hecking 2015).

51 Da die Abschaltung des Senders »vom Parlament nicht bestätigt wurde, war die Weiterführung des Sendebetriebs legal und rechtmäßig« (Kritidis 2014: 143).

verhindern (Petrou 2013: 168). Im Juni und Juli 2013 beteiligten sich bis zu 50.000 Menschen an mehrwöchigen Solidaritätsprotesten (Petrou 2013: 167; Vogiatzoglou 2017: 112). Auch in anderen europäischen Großstädten fanden Proteste statt (Petrou 2013: 168).

Aktivist*innen in Griechenland zogen aufgrund der vielfältigen Zusammensetzung, der Dauer und dem hohen Selbstorganisierungsgrad der ERT-Proteste Parallelen zur Platzbewegung 2011 (Tsomou 2014b; Petrou 2013). Die ERT-Proteste unterschieden sich von den Platzprotesten allerdings durch die Beteiligung der Parteien der Linken sowie der Gewerkschaften.⁵² Gemeinsam mit Mitgliedern der A/A-Bewegung standen die KKE, SYRIZA und ANTARSYA sowie die parteiennahen Gewerkschaften »Schulter an Schulter, um die Besetzung zu verteidigen« (Petrou 2013: 169). Es war nicht zu übersehen, dass mit der Schließung des staatlichen Senders für viele Menschen mit unterschiedlichen politischen Hintergründen, das Fass übergelaufen war. Als sich der TV-Bildschirm über Nacht direkt vor den Augen zig Tausender Zuschauer*innen schwarz gefärbt hatte, fühlten sich dem Journalisten und Aktivist Panos Petrou (2013: 165) zufolge insbesondere Menschen der älteren Generation unfreiwillig in die Zeit der Militärdiktatur zurückversetzt. Damals hatte die Regierung öffentlich-rechtliche TV-Sender ebenfalls über Nacht abgeschaltet. Die Schließung von ERT per Notverordnung und ohne parlamentarischen Beschluss führte vielen Menschen in Griechenland vor Augen, dass neben Löhnen und Sozialleistungen nun auch die Meinungs- und Informationsfreiheit beschnitten wurde.

Ein streikbeteiligter Mitarbeiter von ERT bezeichnete die Schließung von ERT bei einer von SYRIZA organisierten Pressekonferenz im Europäischen Parlament im November 2014 als »ein grundlegendes Problem der Demokratie«, das in einem europäischen Land nicht bestehen dürfe (SYRIZA 2014a: 00:18:48-00:19:00). Diese Unrechtmäßigkeit sei auch der Grund dafür, dass die Beschäftigten von ERT ihren Kampf so lange durchführten (SYRIZA 2014a: 00:19:00-00:19:20). Auch innerhalb der Regierungskoalition sorgten die ERT-Proteste und das Vorgehen der Regierungsspitze für Empörung (Petrou 2013: 169). Insbesondere für die DIMAR, die der Koalition bisher »als linkes Feigenblatt gedient« hatte (Petrou 2013: 169), war das undemokratische Vorgehen der ND nicht länger tragbar (Spourdalakis 2014: 357). Nach mehreren Krisensitzungen trat die DIMAR daher aus der Regierungskoalition aus (Petrou 2013: 169).

Die Besetzung des ERT-Gebäudes dauerte bis zum 7. November 2013. An diesem Tag wurde das Gebäude auf Anordnung der Regierung geräumt (Kritidis 2014: 144). Bis zu diesem Datum wurden auch die Proteste in Solidarität mit den ERT-Mitarbeiter*innen fortgesetzt. Nach der Räumung richteten die Mitarbeiter*innen den selbstverwalteten Piratensender *ERTopen* ein,⁵³ der bis Frühjahr 2015 aktiv war und eingestellt wurde, nachdem die Regierung SYRIZA/ANEL im April 2015 die Wiedereröffnung von ERT und die Wiedereinstellung aller ehemaligen Beschäftigten angekündigt hatte (OSCE 2015). Die Erstaussstrahlung am 11. Juni 2015, genau zwei Jahre nach der Schließung des Senders,

52 So hielten Streikende ihre Abschlusskundgebung bei einem Generalstreik am 13. Juni 2013 aus Solidarität mit den Angestellten nicht wie üblicherweise vor dem Parlament, sondern vor dem ERT-Hauptgebäude ab.

53 Die Internetseite des selbstverwalteten TV- und Radiosenders *ERTopen* ist abrufbar unter: <https://www.ertopen.com>.

begann mit dem Abspielen der griechischen Nationalhymne und einer Ansprache zweier sichtlich bewegter Moderator*innen.⁵⁴

8.9 Die Nikos Romanos-Solidaritätsbewegung 2014

Nachdem die Regierung zwischen 2012 und 2013 eine Reihe von Maßnahmen zur Kriminalisierung von Protesten und zur Eindämmung von Arbeits- und Gewerkschaftsrechten umgesetzt hatte, ging sie 2014 noch einen Schritt weiter. Im Sommer 2014 kündigte sie den Bau eines neuen Hochsicherheitsgefängnisses an. In dem neuen »Typ-C-Gefängnis« – von Inhaftierten auch als »griechisches Guantanamo« bezeichnet – sollten laut der Regierung ab Winter 2014 »besonders gefährliche Kriminelle« untergebracht werden (Tsimitakis 2014). Schätzungsweise 4.500 Inhaftierte traten aufgrund der Gesetzesankündigung im Sommer 2014 in einen zehntägigen Hungerstreik (Tsimitakis 2014). Während der Hungerstreik mehrerer tausender Inhaftierter nur wenig Beachtung in der Öffentlichkeit gewann, erregte der von nur einem Insassen wenige Monate später begonnene Hungerstreik sehr viel mehr Aufmerksamkeit. Der 21-jährige Nikos Romanos war am Abend des 6. Dezember 2008 Augenzeuge gewesen, als sein Freund Alexandros Grigoriou von einem Polizisten in Exarchia erschossen wurde. Mehr als vier Jahre nach den Dezemberprotesten stand Romanos vor Gericht, weil der bekennende Anarchist im Februar 2013 mit drei weiteren Personen einen bewaffneten Überfall auf eine Bankfiliale im Norden Griechenlands verübt hatte. Nach der Festnahme wurden sie von Polizist*innen derart verprügelt, dass die Fahndungsfotos vor ihrer Veröffentlichung digital überarbeitet werden mussten. Die vier Personen wurden des bewaffneten Überfalls beschuldigt und zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt (Limneou 2014).

In der Haft bereite sich Romanos auf das nationale Examen zur Studienzulassung vor. Weil sein Antrag auf Bildungsurlaub wegen Fluchtgefahr abgelehnt wurde, trat Nikos Romanos im November 2014 in einen Hungerstreik. Der einen Monat dauernde Hungerstreik ging für ihn und andere inhaftierte Studierende erfolgreich aus.⁵⁵ Fast einstimmig stimmte das griechische Parlament im Dezember 2014 für eine neue Gesetzesnovelle, die künftig allen Strafgefangenen mit einer Studienzulassung Bildungsurlaub gewährt, sofern sie zuvor im Rahmen eines Fernkurses einen Teil der Kurse erfolgreich abgeschlossen haben (Farmakidis et al. 2014). Dass der Hungerstreik erfolgreich ausging, war einer breiten Protestbewegung zu verdanken. In Solidarität mit dem Hungerstreik von Romanos hatten viele Menschen im November und Dezember 2014 fast täglich an Demonstrationen, Kundgebungen und Riots teilgenommen. Landesweit hatten die Protestteilnehmenden zudem kurzzeitig Hochschulen, Rathäuser, Radiosender und andere Institutionen besetzt, in denen sie Versammlungen abhielten und Proteste organisierten (Köse 2016: 54). Dabei deutete die soziale Zusammensetzung der Solidaritätsbewegung darauf hin, dass es bei den Protesten um mehr als den Hungerstreik von Romanos ging. An den Protesten nahmen neben Mitgliedern der A/A-Bewegung und der außerparlamentarischen Linken auch Mitglieder parlamentarischer

54 Ein Video der Erstaussstrahlung findet sich unter: ERT (2015).

55 Romanos Antrag auf Bildungsurlaub wurde allerdings ein halbes Jahr später wieder abgelehnt.

Parteien, Studierende, Schüler*innen und Eltern teil. Sie alle schienen aufgrund der verschärften Repressionsmaßnahmen sehr unzufrieden mit der Regierung zu sein (Köse 2016: 58–59).

Trotz des Verbots von Kundgebungen und Demonstrationen nahmen am 6. Dezember 2014 landesweit zehntausende Menschen an Demonstrationen in Gedenken an Alexandros Grigoropoulos sowie in Solidarität mit Nikos Romanos teil. In Athen setzte die Polizei Wasserwerfer ein und nahm mehrere hunderte Protestteilnehmende fest. Die Polizist*innen gingen besonders gewalttätig gegen Frauen vor (Köse 2016: 62). SYRIZA unterstützte sowohl den Hungerstreik von Nikos Romanos⁵⁶ als auch die Proteste. In Athen besuchten Abgeordnete von SYRIZA festgenommene Protestteilnehmende in den Polizeiwachen (Köse 2016: 59). Darüber hinaus kritisierte SYRIZA die Regierung öffentlich für ihre repressiven Maßnahmen. In einer öffentlichen Erklärung bezeichneten SYRIZA-Mitglieder die ND-geführte Regierung als »Regierung von Reaktionären«, der es »an Legitimität« fehle, und als »eine Regierung ohne verfassungsmäßige und moralische Rechte« (Köse 2016: 67). Tatsächlich schien die gesellschaftliche Zustimmung zur Regierung zu schwinden. Bei vorgezogenen Präsidentschaftswahlen⁵⁷ am 17. Dezember 2014 erreichte der Kandidat der ND, der ehemalige EU-Kommissar Stavros Dimas, in drei Wahlgängen nicht die erforderliche parlamentarische Mehrheit. Gemäß der griechischen Verfassung löste sich das Parlament daraufhin auf und es wurden Neuwahlen für den Januar 2015 angesetzt. Meinungsumfragen deuteten darauf hin, dass SYRIZA gute Chancen auf einen Wahlsieg hatte (Deutsche Welle 2014).

8.10 Fazit

In diesem Kapitel wurden die Krisenproteste zwischen 2012 und 2014 untersucht. Diese Protestperiode war durch grundlegende Veränderungen auf der Ebene der institutionellen Politik, des Protestgeschehens und der damit verbundenen gesellschaftlichen Selbstorganisierungsprozesse gekennzeichnet. Die gesellschaftlich verbreitete Unzufriedenheit mit der Krisenpolitik kam bei den Parlamentswahlen im Mai und im Juni 2012 deutlich zum Vorschein. Während die PASOK und die ND erhebliche Stimmenverluste hinnehmen mussten, konnte SYRIZA deutlich gewinnen. Ihr parlamentarischer Aufstieg ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass SYRIZA in ihrem Wahlkampf eine sofortige Beendigung der Krisenpolitik sowie die Wiederherstellung sozialer Rechte und Leistungen versprochen hatte. Darüber hinaus ist der Stimmenanstieg von SYRIZA ihrer Partizipation an den Krisenprotesten geschuldet. SYRIZA adaptierte die Debatten der Platzbewegung und versuchte deren Forderungen auf einer institutionellen Ebene zu repräsentieren. Ab Sommer 2012 sahen sich die Akteur*innen der Krisenproteste unter der

56 Im Juli 2019 wurde Nikos Romanos auf Anordnung der Regierung unter Alexis Tsipras aufgrund guter Führung vorzeitig aus der Haft entlassen (Mandrou 2019).

57 Die Wahl zum Staatspräsidenten war für Februar 2015 vorgesehen. Samaras, der eine Schwächung der Verhandlungsposition Griechenlands fürchtete, zog die Wahlen jedoch vor, da er »sich durch das Votum eine Bestätigung seines Kurses in der Eurokrise« erhoffte (Deutsche Welle 2014).

neuen ND-geführten Koalitionsregierung zunehmend mit staatlichen Repressionsmaßnahmen konfrontiert, die ein Abflauen der Krisenproteste nach sich zogen und dazu führten, dass der Widerstand gegen die Krisenpolitik eine andere Form annahm. Akteur*innen der sozialen Bewegungen gründeten eine Vielzahl selbstorganisierter Solidaritätsinitiativen und selbstorganisierter Genossenschaften. Viele dieser Projekte entstanden unter dem Einfluss der Platzbewegung 2011 und in vielen Fällen primär aus der Intention, die Alltagsnot in kollektiver Form zu bewältigen. Die Gründung vieler Projekte erfolgte aber auch in Kritik der bestehenden Ordnung und einem daraus resultierenden Bedürfnis, gesellschaftliche Teilbereiche anders zu organisieren und langfristig gesellschaftlich zu transformieren. Neben einer kollektiven Krisenbewältigung ergaben sich durch die Selbstorganisation der Projektgründer*innen mehrere transformativische Potentiale. Durch die Gründung von Agrar- und Arbeiter*innengenossenschaften konnten nicht nur neue Arbeitsplätze geschaffen, sondern auch dauerhafte Formen von Arbeit und Wirtschaft erprobt werden, die auf den Prinzipien der Kollektivität, Partizipation, politischen Gleichheit, Solidarität und Nachhaltigkeit basieren. Durch ihre Partizipation in verschiedenen Formen demokratischer Selbstorganisation entdeckten viele Menschen in Griechenland – selbst jene aus den höheren Einkommensschichten – diese Werte neu für sich. Sie erkannten, wie effizient die Selbstorganisierung für ihr Alltagsleben sein kann. In vielen Fällen konnten über die Selbstorganisationsprozesse somit neue politische Subjektivitäten und neue soziale Beziehungen entstehen.